

VOLKSWACHT.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Dienstag, 3. Februar 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal.
Der Inzeratenpreis
für die 5 gespaltene Zeile beträgt 20 Pf.

Petition Arbeitsloser

im Berliner roten Hause.

Aus dem stenographischen Bericht.

Stadtv. Lugaer: M. H.! Es freut mich, daß Sie sich nicht auf einen so engherzigen Standpunkt gestellt haben, wie es nach meinem Dafürhalten die Majorität des Petitions-Ausschusses getan hat. Die Majorität war ja allerdings nur eine recht schwache; 7 gegen 6 Stimmen haben beschlossen, die Angelegenheit als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet zu erklären. Die Majorität der Stadtverordneten hat sich auf einen andern Standpunkt gestellt, und der Herr Vorsteher hat dadurch, daß er die Angelegenheit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzte, ohne daß er wußte, in welchem Sinne sich der Ausschuss entscheiden würde, meine ich, sich sehr verdient gemacht; ich wenigstens kann ihm in diesem Falle meine Zustimmung nicht verlagern.

M. H.: Es ist von dem Herrn Berichterstatter darauf hingewiesen worden, daß der Ton, der in dieser Petition angeschlagen worden ist, kein derartiger sei, wie man es bisher in der Stadtverordneten-Versammlung gewöhnt war. Nun, m. H., ich bin jetzt im achten Jahre Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und ich muß sagen: ich bin es bisher auch nicht gewöhnt gewesen, daß der Wortlaut einer Petition hier verlesen wird; soviel Petitionen uns hier auch schon beschäftigt haben, es ist der Wortlaut derselben, so viel ich weiß, nie verlesen worden.

(Oho!)

Ich sehe daraus, daß der Herr Berichterstatter dadurch, daß er von vornherein auf den scharfen Ton aufmerksam machte, der in der Petition angeschlagen worden ist, in der Stadtverordneten-Versammlung Stimmung gegen die Forderung der Petenten machen wollte.

(Zuruf!)

Herr Reichnow wollte sie nicht verlesen, das gebe ich zu; er leitete seine Rede aber gleich mit dem Bemerkten ein, daß er schon im Ausschuss gesagt habe, er würde die Petition nicht verlesen, es sei denn, daß es gewünscht würde. Er machte Sie dadurch neugierig auf den Inhalt der Petition.

(Oh! Oh!)

— M. H.: Ich gebe zu, daß wenn ich diese Petition abgefaßt hätte, oder wenn ich in der Versammlung, welche die Petition hierher geschickt hat, anwesend gewesen wäre, ich persönlich einen anderen Ton angeschlagen hätte oder den Rat gegeben hätte, die Petition in dieser oder jener Form zu fassen, die hier beliebter ist und deshalb vielleicht schneller zum Ziele führen würde. Ich kenne ja die Ansicht der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung und weiß, welchen Wert sie darauf legt, möglichst höflich von den Petenten gebeten zu werden.

(Oh! Oh! — Heiterkeit.)

Das wissen aber die Arbeiter nicht. In Arbeiterkreisen wird nicht jedes Wort so scharf genommen und selbst ein scharfes Wort ist nicht so böse gemeint wie es vielfach klingt. Dies in Bezug auf den Ihrer Ansicht nach zu schroffen Ton der Petition.

M. H.! Ich will hier auf die Diskussion, die im Ausschuss über die vorliegende Petition stattgefunden hat, näher eingehen. Man ging im Ausschuss von dem nach meinem Dafürhalten falschen Gesichtspunkte aus, es müsse Sache der städtischen Behörden sein, vor

allen Dingen sich zu hüten, einen Notstand in Berlin zu konstatieren.

(Hört! Hört!)

Ein Magistratsmitglied war es, welches den versammelten Mitgliedern des Petitionsausschusses zurief: „Hüten wir uns, vor Berlin, vor Preußen, ja vor ganz Deutschland, zu konstatieren, daß in Berlin ein Notstand vorhanden ist?“

(Hört! Hört!)

M. H.: Ich meine, mit dieser Vogel-Strauß-Politik werden wir nicht weit kommen und den vorhandenen Notstand nicht beseitigen! Es muß, meine ich, angesichts der großen Arbeitslosigkeit, selbst dem Blödesten einleuchten, daß in der Tat ein Notstand in Berlin vorhanden ist.

(Oh!)

M. H.! Der Notstand ist vielleicht nach Ihrer Ansicht in geringerem Maße vorhanden; aber vorhanden ist er! Ueber den Umfang brauchen Sie sich nicht zu täuschen, und Sie werden vielleicht noch zu der Ueberzeugung kommen, daß mehr Not, mehr Elend vorhanden ist, als Sie heut zugeben wollen.

Es ist ja selbst im Petitionsausschuss von mehreren Rednern darauf hingewiesen worden, die Not sei größer als in früheren Jahren, weil der Winter etwas strenger sei. M. H.! Das ist richtig, das gebe ich zu. Aber nicht allein die Kälte, nicht allein der strenge Winter hat den Notstand hervorgerufen, in dem wir uns jetzt befinden, sondern schon im ganzen vorigen Jahre war der Geschäftsgang ein sehr schlechter. Diese Geschäftsstockung hat den Notstand hervorgerufen. Wir befinden uns in einer jener regelmäßig wiederkehrenden Geschäftskrisen, welche durch die heutige Produktionsweise bedingt sind.

(Rufe! Streiks!)

— Die Streiks waren im vorigen Jahre nicht sehr zahlreich. — Der Notstand, der eingetreten ist, ist allerdings durch den strengen Winter noch gesteigert worden. Selbst die Beamten der städtischen Straßenreinigungsverwaltung, welche die Leute als Arbeiter angenommen haben, haben auf Anfragen konstatirt, daß sich in diesem Winter tatsächlich eine so große Anzahl von Arbeitern als Straßenreiniger angeboten hat, wie es in früheren Jahren nicht der Fall war. M. H.! Wir haben Jahre gehabt, wo sich nicht so viel Arbeiterkräfte angeboten haben als wir brauchten; in diesem Jahre aber bedeutend mehr. Ich meine, wenn man den geringen Lohn berücksichtigt, den diese städtischen Straßenreiniger, die hilfsweise angenommen werden, bekommen, wenn man ferner den Umstand betrachtet, daß sich trotzdem so viele melden, so geht daraus doch wol mit Gewißheit hervor, daß ein Notstand als vorhanden zu konstatieren ist.

Es ist nun gesagt worden, auch von einem Magistratsmitgliede: man kann doch nicht so vorgehen wie im Jahre 1848, als man die Rehberge abtrug und von einer Stelle auf die andere verjagte; die Petenten könnten doch nicht wollen, daß man Schnee abfährt, wo vielleicht gar keiner vorhanden ist, nur um ihnen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Mit solchen Argumenten hat man die Petition, die selbst der Herr Vorsteher für äußerst beachtenswert hält, im Ausschuss zu bekämpfen gesucht. M. H.! Es freut mich deshalb außerordentlich, daß Sie nicht im Sinne des Ausschusses beschlossen haben.

Ein anderes Magistratsmitglied, der Herr Kämmerer, sagte ferner im Ausschuss: Heut und in der letzten Zeit überhaupt sind bei den städtischen Spar-

kassen mehr Gelder eingezahlt als abgehoben worden. Dadurch sei doch wol, meinte der Herr Kämmerer, nachgewiesen, daß kein derartiger Notstand vorhanden sei, wie die Petenten uns glauben machen wollen. M. H.! Die Leute, welche die Petition eingereicht haben, werden wol in ihrer großen Mehrzahl noch nicht Besucher der Sparkassen, nicht Besitzer eines Sparkassenbuches gewesen sein.

(Zuruf.)

— Es wird mir zugerufen: die Leute können ja sparen! Ja, wer sparen soll, muß doch etwas haben, was er sparen soll! M. H.! Selbst in guten Geschäftszeiten hat die größere Zahl der Arbeiter gerade nur so viel Einkommen, um ihre notdürftigsten Bedürfnisse befriedigen zu können; es mag Einzelne geben, die in guten Geschäftszeiten sparen können. M. H.! Ich habe das auch als Handwerksgefelle versucht und weiß wie schwer das fällt. Dabei hatte ich immer gute Arbeit; aber ich habe Kollegen gekannt, die mit mir gearbeitet haben, welche nicht so viel zu verdienen im Stande waren wie andere, die mit ihnen arbeiteten, trotzdem sie sich schwer gequält haben. Sie sind nicht dazu gekommen, auch nur wenig zu sparen, obwol sie die Absicht hatten, es zu tun.

Der Herr Kollege Meyer II meinte, der Magistrat wird uns vielleicht sagen: wir können auf die Petition deshalb nicht eingehen, weil der Etat überschritten werden würde; die Mittel, die im Etat für die Straßenreinigung bestimmt sind, reichen nicht aus, um mehr Arbeiter zu beschäftigen. Ich freue mich, daß bisher nach diesem Grundsatz nicht gehandelt worden ist. Wir haben verschiedene Jahre gehabt, in denen bei der Straßenreinigungs-Verwaltung der Etat bei Weitem überschritten worden ist; ich glaube er wird in diesem Jahre auch schon überschritten sein. Im vorigen Jahre haben wir dafür große Ersparnisse gemacht; die Summen, die im vorjährigen Etat für den Zweck bewilligt worden waren, sind bei Weitem nicht gebraucht worden. Daher brauchen wir in diesem Jahre nicht zu scheuen, mehr auszugeben, als der Etat festgesetzt hat. Es wird vielleicht entgegengehalten werden wie gestern im Ausschuss: wir können nicht mehr Leute anstellen, als wir Arbeitsgeräte haben. Es wurde gesagt, wir haben nur so viel Arbeitsgeräte, daß wir höchstens 20—22000 Personen bei der Straßenreinigung beschäftigen können. Auch das ist nicht stichhaltig. Wer hier helfen will, wird sich aus diesem angeführten Grunde nicht abhalten lassen, es zu tun.

Im übrigen zweifle ich nicht, daß — Sie mögen beschließen, was Sie wollen; Sie mögen über die ganze Petition zur Tagesordnung übergehen oder über einen Teil derselben und den andern Teil dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen, — daß die Petition teilweise Erfolg haben wird. Ich meine, die Tatsache allein, daß eine solche Petition überhaupt an die Stadtverordneten-Versammlung gekommen ist, wird schon den Magistrat veranlassen, noch mehr Leute zu beschäftigen als bisher. M. H.! Es liegt noch viel Schnee, es liegen noch große Schmutzmassen auf den Straßen, die im Interesse der Bürgerschaft möglichst schleunigst weggeschafft werden sollten. Sie dürfen da nicht solche Straßen wie die Leipzigerstraße, die Linden u. s. w. allein ins Auge fassen, sondern in den Straßen, wo die Arbeiter wohnen, liegt noch sehr viel Schnee. Es würde viel Arbeitsgelegenheit für die Notleidenden geben, wenn Sie sich entschließen wollten, den Schnee schleunigst weggeschaffen zu lassen.

Was nun die Speisung der Kinder in der Volks-

Schule anbetrifft, so geht der Herr Berichterstatter Kollege Reichnow nach meinem Dafürhalten von der irrthümlichen Ansicht aus, daß verlangt wird, für alle Kinder in den Gemeindeschulen solle täglich zwei Mal warmes Essen gegeben werden.

(Zuruf: Steht darin!)

Das steht nicht darin! Die Petition ist von arbeitslosen Leuten ausgegangen. Das wird schon dadurch bewiesen, daß die Versammlung während der Arbeitszeit stattfand. Die Leute verlangen einfach, daß die Kinder, deren Eltern nicht im Stande sind, ihnen ein Frühstück in die Schule mitzugeben, es in der Schule bekommen. Andere Städte tun das schon, Braunschweig hat es jetzt auch getan. Es ist nichts Neues, wenn Sie das auch in Berlin einführen. Man verweist die Leute auf den Verein, der hier existiert. Nun ja, es existiert ein Verein hier, welcher in diesem Jahre bis jetzt 3000 Mark zur Speisung armer Schulkinder gegeben hat.

(Widerspruch.)

Sie bestreiten das? Es ist gestern von einem Magistratsmitglied in der Ausschussung mitgeteilt worden. Die Summe reicht aber nicht, und der Verein hat sich bereit erklärt, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, soweit es ihm möglich wäre. M. H.! Sollten wir da nicht beschließen können, wir wollen die Sache selbst in die Hand nehmen? Ich meine wir könnten das tun, wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre. Ich bitte Sie, weisen Sie die Petition der Arbeitslosen nicht ohne Weiteres zurück, sondern schließen Sie sich meinem Antrage an, überweisen Sie dieselbe dem Magistrat zur Berücksichtigung. Ich meine, der Magistrat wird auch bei der Speisung der Kinder in den Schulen den richtigen Weg zu finden wissen, sobald Sie sich damit einverstanden erklären. Jedenfalls werden Sie ein Werk der Nächstenliebe getan haben, wenn Sie der Petition zustimmen. Sie dürften sich der Zustimmung größerer Kreise der arbeitenden Bevölkerung versichert halten.

Deutschland.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung.

Die Emeritierungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen der Novelle zum Pensionsgesetz auf mittelbare Staatsbeamte richtet

Abg. v. Sanderdorff (nl.) an die Regierung die Bitte, daß die von dem Minister des Innern im Herrenhaus in Aussicht gestellte Vorlage an den Reichstag, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit bei der Pensionierung der Gemeindebeamten, recht bald eingebracht werden möchte.

Minister Herrfurth: In wie weit es möglich sein wird, im Wege des Reichstags den hervorgehobenen Mängeln abzuwehren, steht dahin; im Wege der Landesgesetzgebung läßt sich Abhilfe nicht erreichen. Die Sache befindet sich noch in der Erwägung.

In zweiter Lesung wird die Vorlage ohne Abänderung und ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage, betreffend die Erhöhung des Höchstbetrages der Hundesteuer in den älteren Landesteilen der Monarchie.

In zweiter Lesung wird die Vorlage unverändert ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen wegen der Wahl von Stadtverordneten.

Ohne Spezialdiskussion wird die Vorlage in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. die außerordentliche Armenlast wird von

Abg. Krause (nl.) in der Fassung des Herrenhauses zur unveränderten Annahme empfohlen. Der Gesetzentwurf führt eine außerordentliche Entlastung der Gemeinden herbei und dient gleichzeitig in hohem Maße der Humanität.

Das Haus überweist den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage, betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preussischen Monarchie.

In der zweiten Lesung befürwortet Abg. Ritter (fr.) die Errichtung eines eigenen Amtsgerichts auf der Insel welches namentlich zur Zeit der Dabeifahrt unentbehrlich sein würde. Nach einem Uebergang von etwa 10 Jahren, wenn die Richter sich in das jütische Recht eingearbeitet haben würden, könnte ja die Stelle wieder eingezogen werden. Man gönne doch der Insel einen Amtsrichter, auch wenn er nicht genügend zu tun habe.

Nachdem der Antragsteller nach der Debatte nochmals für seinen Antrag eingetreten, wird derselbe gegen die Stimmen eines kleinen Theils der Freikonservativen abgelehnt, die Vorlage im Einzelnen unverändert angenommen.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Veranlagung der Fabriken u. s. w. mit Vorausleistungen für den Wegbau in der Provinz Brandenburg, wünscht Abg. Seelig die Vorlegung eines ähnlichen Gesetzes für Schleswig-Holstein, wie es der Provinzial-Landtag schon vor zwei Jahren einstimmig beschlossen habe.

Die Vorlage geht in die Gemeindef Kommission.

Der Bericht über die Verwendung des Erlöses für verkaufte Berliner Stadtbahnparzellen wird ohne Debatte für erledigt erklärt.

Petitions-Kommission.

Nach Feststellung mehrerer Berichte für das Plenum tritt man in die Beratung der vorliegenden Petitionen ein. Nachdem einige Petitionen, welche die Aufhebung des Einfuhrverbots von amerikanischem Schweinefleisch befürworten, als durch die Wienerbeschlüsse über den Antrag Barth erledigt erklärt wurden, entsann sich eine längere Debatte über die Petitionen einer großen Zahl elaffischer Tabakbauern. Dieselben wünschen, um den Rückgang ihres Tabakbaues zu verhüten, entweder Einführung des Tabakmonopols oder Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak, oder Ermäßigung der Steuern auf inländischen Tabak oder eine Fabriksteuer.

An dieser längeren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten v. Jagow, Geyer, Münch, Pulzich, v. Kehler und der Regierungskommissar Geh. Regierungsrat Kaufmann. Letzterer erklärt, daß im Schooße der Regierung Erörterungen über diese Fragen seit längerer Zeit gepflogen wurden und nun zum Abschluß gelangt seien, gegenwärtig aber die Entscheidung dem Bundesrat zur Beratung vorläge. Ueber den Inhalt könne er nichts mitteilen, aber jedenfalls dürfte als Denkschrift die Entscheidung der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Petition wird mittelst mündlichen Berichts an das Plenum überwiesen und Uebergang zur Tagesordnung empfohlen. Eine Petition, von Einwohnern verschiedener Städte Württembergs, betreffend die Sinnerhebung Helgolands und die deutsch-ostafrikanische Kolonialpolitik, will der Referent Abg. Graf Kanitz als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklären, während der korrespondent Abg. Geyer die Ueberweisung an die Budget-Kommission beantragt. Nach einer längeren Debatte zwischen den beiden Referenten entscheidet sich die Kommission für den Antrag des Abgeordneten Geyer. Die Petition Wendel-Leipzig — Justizverweigerung betreffend — wird nach eingehender Schilderung durch die Referenten Dr. Bischof und Graf Kanitz als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt, da Rechts-

verweigerung nicht vorliege. Eine Reihe von Petitionen, peris löse Angelegenheiten betreffend, werden wegen Unverständlichkeit u. s. w. für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt. Die Petition des Kriegsinvaliden Haub, der nach ca. 20 Jahren erst eine Anerkennung seines Anspruchs auf eine Verstümmelungszulage erringen konnte, wird auf Antrag des Abg. Geyer zurückgestellt, um durch die Hinzuziehung eines Regierungskommissars den Fall zu Gunsten des Petenten, der eine Nachzahlung der Verstümmelungszulage wünscht, die ihm allerdings gesetzlich nicht zusteht, — es ist eine Lücke im Militärpensionsgesetz in dieser Hinsicht enthalten — entscheiden zu können.

Aus einer Rede Wilhelm Liebknecht's. Zum Fest der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Rixdorf und Umgegend in der „Neuen Welt“ hielt Genosse Wilhelm Liebknecht die Festrede, in der er etwa Folgendes ausführte:

Genossinnen und Genossen! Dem Wunsche, heute die Festrede zu halten, bin ich gern gefolgt; ich habe es um so lieber getan, um den Vorwurf von mir zu weisen, daß ich die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen vernachlässigt hätte. Ich war im Gegenteil gerade derjenige, der den Berlinern und der gesammten deutschen Arbeiterchaft schon vor 25 Jahren die englische Gewerkschaftsbewegung als Muster für ihre Lohnkämpfe vor Augen führte.

Von unseren Gegnern wird stets behauptet, daß die Arbeiter so viele Feste feiern, und sie ziehen daraus den Schluß, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung nicht so schlecht sein könne, wie sie immer geschildert würde. Aber die Arbeiter feiern ihre Feste seltener, und dann haben diese Feste neben der Förderung der Geselligkeit auch andere, der Gesamtheit zu Gute kommende edle Zwecke, bessere jedenfalls, als die Feste derjenigen, die auf Kosten der Arbeiter alle Tage Feiertage haben.

Erst heute habe ich wieder aus Australien einen Brief erhalten, aus dem ersichtlich ist, daß auch dort die Arbeiter dieselben Ziele verfolgen, wie wir. In diesem Briefe stehen drei inhaltsschwere Worte, welche in deutscher Uebersetzung bedeuten: Erziehen, Organisiren und Agitiren. Diese drei Worte sind auch für uns wol zu beachten. Erziehen wollen wir uns und unsere Kinder, in dem Bewußtsein, daß wir nur durch die Erziehung dazu gelangen können, ein zum Kampf fähiges Heer heranzubilden. Wir müssen uns selbst erziehen, auf daß wir, wenn wir Sozialisten sein wollen, auch ganz danach handeln und leben. Wir müssen die Frauen zu der Erkenntnis erziehen, daß sie gleichberechtigt neben dem Manne stehen, und daß sie nicht, wie es in der heutigen „zöttlichen“ Weltordnung der Fall ist, den Männern untergeordnet sind. Denn, verehrte Anwesende, gerade die Frau ist es, welche die wirtschaftliche Notlage, die so drückend ist, zuerst empfindet: soll sie doch für alles, was in der Wirtschaft fehlt, Ertrag schaffen. Wir müssen unsere Kinder erziehen im Sinne unserer sozialistischen Anschauungen, denn jetzt wird die Schule gegen uns mobil gemacht. Gut also! mobilisiren wir unsere Kinder gegen die Schule, und gewiß wird der Sieg unser sein.

Organisiren muß unsere weitere Aufgabe sein; das heißt, wir müssen uns in Vereinigungen zusammenschließen, damit wir dem Kapital erfolgreich entgegentreten können.

Der Zug der Zeit.

Erzählung aus der jüngsten Vergangenheit von A. Schröder.

16]

(Nachtr. verb.)

Frau Wilberg sah die beiden sprachlos an. „Was höre ich, Hermann“, wandte sie sich an ihren Sohn, „Du hast Fräulein Rotenburg Deine Dienste verweigert?“

„Nein, Mutter, so ist es nicht, Fräulein Rotenburg hat mir heute Morgen Geldmittel an für den Fall, daß ich selbständig ein Geschäft beginnen wollte. Ich mußte dies dankend ablehnen, weil ich keine Sicherheit für das Kapital bieten kann.“

Frau Wilberg bot ihrer jungen Freundin die Hand. „Sie sind so lieb und gut“, sagte sie, „aber mein Sohn konnte wol nicht anders handeln.“

„Aber jetzt liegt die Sache ganz anders, Herr Wilberg. Jetzt handelt es sich nicht um Sie, sondern um zweihundert brotlose Arbeiter, von denen die meisten Familienväter sind. Kaufen werde ich die Fabrik jedenfalls, wenn es möglich ist. Wollen Sie denn, daß ich Gefahr laufe, irgend einem gewissenlosen und unfähigen Menschen in die Hände zu fallen? Schlagen Sie ein, und damit bot sie ihm lächelnd ihre kleine Hand, „treten Sie als Geschäftsführer in meine Dienste; ich will Ihnen auch eine milde Herrin sein.“

„Es sei denn!“ sagte Hermann Wilberg, indem er die dargebotene Hand erfaßte. „Ich werde tun, was in meinen Kräften steht.“

„Gut, der Pakt ist geschlossen. Ich werde,“ fügte sie mit komischer Würde hinzu, „erst gleich einmal Ihren Gehorsam prüfen, Herr Direktor. Sie beginnen also schon morgen die Unterhandlungen und, je eher Sie die Fabrik in Händen haben, desto größer wird meine Zufriedenheit sein. Für notwendige Auslagen auf meinen Bankier. Da ich nun nicht gut als Käuferin aufzutreten kann, so gelten Sie als Käufer und später als Besitzer. Die Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten regeln Sie nach eigenem Ermessen; ich will aber, daß jeder sich so wol fühlen soll, als die Verhältnisse es erlauben. Ihr eigenes Gehalt werde ich selbst bestimmen. Wie viel Geld werden Sie wol für den Ankauf und den Betrieb der Fabrik gebrauchen?“

„Ich denke, circa hundertundfünfzigtausend Mark werden genügen.“

„So heue ich Ihnen einen Kredit von zweihunderttausend Mark zur Verfügung. Brauchen Sie mehr, so sprechen Sie ganz offen mit mir darüber. — Und nun, liebe Frau Wilberg, geben Sie mir noch eine Tasse Thee, und dann lassen Sie uns von anderen Dingen, z. B. vom Wetter sprechen.“

Diese letzte Aufforderung blieb nun freilich unbeachtet. Frau Wilberg, der die Tränen über die Waden liefen, schloß ihre junge Freundin in die Arme und gab ihr einen Kuß auf den Mund.

„Wie soll man Ihnen danken, liebe Emma?“ sagte er dem hocherröthenden Mädchen.

„Dank, daß Sie mich hier behalten,“ küßte diese der fragenden in's Ohr.

„Wollen Sie mir noch einmal Ihre Hand reichen, Fräulein Rotenburg?“ bat der junge, neuernannte Fabrikherr. „Ich gelobe Ihnen, alles zu tun, was in meinen Kräften steht, die Fabrik zur Blüte zu bringen und Sie vor Schaden zu bewahren.“

„Gut, Herr Wilberg, hier haben Sie meine Hand. Aber bedenken Sie stets: Es handelt sich nicht um die Verzinsung meines Geldes; ich kann die Zinsen entbehren. Es handelt sich in erster Linie um das Wohl der vielen Arbeiter und um den Aufschwung der Fabrik.“

In kurzer Zeit hatte Hermann Wilberg seine Aufgabe erfüllt. Die Gläubiger der Fabrik waren froh, so rasch einen gut und bar zahlenden Käufer für das Etablissement gefunden zu haben, so daß in wenigen Tagen die Fabrik unter der Firma Hermann Wilberg wieder eröffnet werden konnte.

Geschäftliche Angelegenheiten führten Hermann Wilberg und Emma Rotenburg in der nächsten Zeit oft zusammen. Diese Zusammenkünfte dauerten aber selten länger als ein paar Minuten. Es schien, als ob die beiden sich darauf kaprizirten, keine überflüssigen Worte mit einander zu reden. Begrüßungen und Verabschiedungen geschahen stets nur durch eine stumme Verbeugung, und noch nie hatten sie sich wieder die Hand gereicht. Emma Rotenburg bejauchte Frau Wilberg nur dann, wenn sie annehmen durfte, daß der Sohn in der Fabrik beschäftigt sei. Das Mutterauge bemerkte aber die Entfremdung der beiden jungen Leute und die Veränderung in der Gemüthsstimmung ihres Sohnes sehr bald, und trotzdem dieser auf ihre teilnehmenden Frau stets mit dem Hinweis auf seine Tätig-

Singeln sind wir nichts, vereinigt sind wir alles. Die Wissenschaft zieht jetzt gegen die kleinsten, aber auch die stärksten Feinde des Lebens gegen die Bazillen zu Felde; sie sind so klein, daß man sie nicht einmal sehen kann, aber durch die Massenhaftigkeit, mit der sie auftreten, gereichen sie uns zum Verderben. Man hat von dem Bazillus der Sozialdemokratie gesprochen — gut, solche Bazillen sind wir; nur mit dem Unterschiede, daß wir nicht zerstören, sondern verbessern wollen, nicht Tod bringen, sondern Leben. Und wenn wir durch eine Massenorganisation zur Riesenkraft herangewachsen sein werden, wenn auch die Frauen sich an den organisatorischen Kämpfen beteiligen werden, müssen wir unbedingt den Sieg davontragen.

Als dritter Punkt bleibt uns noch das Agitieren; agitire Jeder von uns nach seinen Kräften und Fähigkeiten, in den Werkstätten, auf der Straße, überall, wohin wir kommen, und unsere Arbeit wird mit Erfolgen gekrönt sein.

Zum Schluß noch einige Worte über den Verein selbst; ich muß bedauern, daß er, ebenso wie auch andere Vereine hier, so schwach an Mitgliedern ist, und ich möchte alle Anwesenden, hauptsächlich die Frauen, ermahnen, sich dem Vereine anzuschließen, zumal ich gehört habe, daß hier eine Filiale des Berliner Arbeiterinnen-Vereins eingegangen ist, damit ich nächstes Jahr in der Festrede — das heißt, wenn ich verlangt werde — die Freude habe, eine größere Mitgliederzahl, als heute eingeschrieben ist, begrüßen zu können. Nochmals: soll es uns gelingen, den Kampf siegreich zu bestehen, dann heißt es: Ergreifen, Agitieren und Organisieren.

Warnung an die deutschen Arbeiter vor Stellenverkäuferei. Die brasilianischen Menschenjäger sind wieder an der Arbeit.

Folgendes „Zirkular“ ist dem „Vorwärts“ zugegangen:

Die Zigarrenfabrik von Schneider u. Comp. in Joinville im Staate Santa Catharina, am Hafen Sao Francisco do Sul, Vereinigte Staaten von Brasilien, nimmt jederzeit tüchtige und gut geschulte Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen, Roller und Widler auf bessere Formen oder Handarbeit.

Der Allordlohn ist 10 bis 20 Mark pro Tausend und ein noch höherer nicht ausgeschlossen. Arbeitszeit 8 Stunden oder, nach Belieben, auch länger.

Die Bevölkerung von Joinville, auch sämtliche hiesige Zigarrenmacher sind Deutsche; das Klima nahe an der See ist gesund und vor allem ohne Winter.

Der Lebensunterhalt ist wolfeil, Rindfleisch kostet das Kilo 50 Pf., eine Familienwohnung ist schon für 10—12 Mk. pro Monat erhältlich.

Wer in dieser Fabrik Arbeit zu nehmen beabsichtigt, wende sich an Herrn José dos Santos in Difaabon, Praga dos Romulares Nr. 4, welcher Freitarten an Einzelne oder Familien von Bremen oder Antwerpen bis nach unserem Hafen Sao Francisco do Sul im Staate Santa Catharina verabsolgt.

Die freie Ueberfahrt ist lediglich als Geschenk

der brasilianischen Regierung anzusehen und verpflichtet den Einwanderer zu keinerlei Gegenleistung.

Die in deutschen Zeitungen erscheinenden günstigen Nachrichten über Brasilien beruhen entweder auf Erfindung oder lächerlicher Unkenntnis, und ist auch trotz jener die deutsche Einwanderung stetig im Zunehmen begriffen.

Da wir nicht wissen, ob Bevorzugungen bei Erteilung der Freitarten stattfinden, so empfiehlt sich die Anmeldung in Difaabon als Landarbeiter.

Reflektierende sind jetzt und später willkommen, nur ist es nötig, uns von dem gefassten Entschluß, Arbeit zu nehmen, alsbald in Kenntnis zu setzen.

Adresse: Herren Schneider u. Co.

Joinville, Brazil.

Vor Antritt der Reise empfiehlt es sich, sich geringwertiger und sperriger Gegenstände zu entäußern, dagegen Küchengeräth und leichte Sommerkleidung mitzunehmen, wol auch anstatt Schrank und Kommoden zu verkaufen, solche zum Verpacken zu benutzen und durch ungenagelte Leisten vor Beschädigung zu schützen.

Bei den oben angegebenen Löhnen ist es geschickten Arbeitern in Anbetracht des billigen Lebensunterhaltes leicht, Ersparnisse zu machen, was in Deutschland fast ausgeschlossen erscheint.

Achtungsvoll

Schneider u. Comp.

Zu diesem Schwindelzirkular ist zu bemerken, daß in Brasilien zwar die rohen Lebensmittel sehr billig, alle anderen Waaren, Kleidungsstücke, Schuhe u. dreimal so teuer sind als bei uns. Der versprochene Allordlohn ist also vollständig unzureichend. Der Arbeiter, welcher sich fangen läßt und die „Freitarte“ annimmt, hat sich den Herren Schneider u. Co. mit Leib und Seele verkauft. Zurück kann er nicht mehr — er muß, wenn er einmal darüber ist, jede Verbindung annehmen, und ist, da er nicht fort kann und keine andere Arbeitsgelegenheit findet, hilfloses Ausbeutungsobjekt der Vampyre, die jetzt, die „schlechte Geschäftszeit“ benutzend, auf der Jagd nach deutschen Arbeitern sind! —

Die Bestrebungen der Sozialdemokratie, beleuchtet vom Irr-Sinn Eugen Richters. Die 1te Auflage ist vergriffen, die zweite in Vorbereitung. Bekanntlich hat Eugen Richter seine Bemühungen, diese treffliche Broschüre Kurt Falks zu widerlegen, bereits längst aufgeben müssen. Sein Pulver ist eben wieder einmal gänzlich verschossen.

An die deutschen Ziegelei-Arbeiter. Auf dem im Vorjahre in Lutzenwalde abgehaltenen ersten Kongreß der deutschen Ziegelei-Arbeiter wurde beschlossen, auch für 1891 einen Kongreß einzuberufen. Der Unterzeichnete erlaubt sich daher, im Einverständnis mit verschiedenen Kollegen, den zweiten Kongreß der deutschen Ziegelei-Arbeiter zum 2. und 3. März d. J. nach Werder a. S. einzuberufen.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der deutschen Ziegelei-Arbeiter.
2. Bericht der Delegirten über die Lage der Ziegelei-Arbeiter.

3. Welche Stellung nehmen die Ziegelei-Arbeiter zum „Vereinsblatt der deutschen Ziegelei-Arbeiter“?

4. Agitation.

5. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß.

6. Welche Krankenkassen sind für uns die besten?

7. Anträge der Delegirten.

8. Verschiedenes.

Anträge, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, müssen bis spätestens zum 26. Februar beim Unterzeichneten eingereicht werden.

Kollegen! Angesichts der überaus traurigen Lage in unserem Gewerbe ist es notwendig, daß auch die deutschen Ziegelei-Arbeiter aufwachen aus ihrem Schlummer und über Mittel und Wege beraten, ihre Lage aufzubessern. Angesichts des Vorgehens der Unternehmer und Meister ist ein Zusammengehen aller deutschen Kollegen dringend geboten. Noch steht jedoch die große Mehrzahl unserer Kollegen unseren Bestrebungen fern, ja verschiedentlich sogar noch feindlich gegenüber. Der Kongreß giebt nun allen Kollegen, denen es ernst ist mit den Bestrebungen zur Verbesserung unserer Lage, Gelegenheit mitzuwirken, eine Organisation zu schaffen, die auch im Stande ist, für uns Ziegelei-Arbeiter, als die Vermittler der Armen, Vorteile zu erringen.

Kollegen allerorts, sorgt deshalb dafür, daß der 2. Kongreß der deutschen Ziegelei-Arbeiter so zahlreich wie möglich besetzt wird, kein Ort sollte unvertreten sein. Scheut nicht die geringen Opfer, die Euch durch die Entsendung eines eigenen Delegirten auferlegt werden, bedenk, ohne Opfer kein Erfolg, ohne Kampf kein Sieg.

Die Delegirten müssen überall in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Dieselben haben sich ein Mandat ausstellen zu lassen, welches vom Bureau der betreffenden Versammlung zu unterzeichnen ist und die Anzahl der Stimmenden, sowie die für den Delegirten abgegebenen Stimmen enthält. In Orten, wo den Kollegen kein Lokal zur Verfügung steht, genügt eine schriftliche Vollmacht einer Anzahl (mindestens 10 Unterzeichneten) am Orte beschäftigter Kollegen.

Die Kosten für die Entsendung der Delegirten sind aus eigenen Mitteln zu bestreiten; es empfiehlt sich, zu diesem Zwecke freiwillige Sammlungen unter den Kollegen am Orte vorzunehmen.

Denjenigen Orten, welche nicht im Stande sind, aus eigenen Mitteln einen Delegirten zu entsenden, machen wir den Vorschlag, sich durch einen Kollegen aus Werder a. S. vertreten zu lassen, und denselben mit den nötigen Instruktionen zu versehen. Der Unterzeichnete ist gerne erbötig, Kollegen aus Werder in Vorschlag zu bringen.

Um für genügende Unterkunft der Delegirten sorgen zu können, bittet der Unterzeichnete, die gewählten Delegirten bis spätestens zum 26. Februar bei ihm anzumelden.

Ebenso wollen sich Delegirte, welche für die einzelnen Punkte der Tagesordnung ein Referat übernehmen wollen, beim Unterzeichneten melden.

Die Angabe des Lokales, in welchem der Kongreß

keit in der Fabrik und seine Arbeiten für die immer näher rückenden Reichstagswahlen antwortete, blieb ihrem weiblichen Scharfblicke die wirkliche Ursache nicht verborgen.

Ihr Sohn liebte seine junge Herrin, und das Bestreben, diese Liebe zu unterdrücken oder doch vor jedermann, auch vor seiner Mutter, zu verbergen, hatte für ihn eine aufreibende Wirkung. Eines Tages überraschte sie ihren Sohn, wie er am Schreibtische saß und so häßlich vor sich hinstarrte, daß er ihren Eintritt ins Zimmer nicht einmal bemerkte. Als sie ihm leise die Hand auf die Schulter legte, fuhr er ganz erschreckt auf.

„Was fehlt Dir, Hermann?“ fragte sie. „Ich kann es nun nicht länger ansehen, wie Du von Tag zu Tag immer mehr an Lebenslust verlierst. Geht es in der Fabrik schlecht?“

„Nein, Mutter, es geht sogar sehr gut, über alles Erwarten gut. Aber Du kannst Dir wol denken, daß mir in meiner verantwortlichen Stellung vielerlei Sorgen durch den Kopf gehen. Deshalb beunruhige Dich nur nicht.“

„Du bist nicht aufrichtig, Hermann, wie früher, wo Du mir jede kleine Sorge anvertrauest. Soll ich Dir sagen, was Dir fehlt?“

Hermann Wilberg wandte den Kopf, wie ein erstappter Sünder; dann aber fragte er mit einer Stimme, die lustig klingen sollte, der die Mutter aber sehr wol das Gezwungene anmerkte:

„Nun, Du kluges Mütterchen, was fehlt mir denn?“

„Du bist verliebt, Hermann!“

„Mutter!“ Hermann Wilberg war aufgesprungen und starrte seine Mutter an.

„Ja, Hermann, Du bist verliebt in — Emma Rotenburg.“

Ohne ein Wort zu sagen, sank der Sohn wieder auf seinen Sitz und vergrub das Gesicht in seine Hände.

„Habe ich recht, Hermann?“ fragte leise die Mutter.

„Nun ja, Mutter, wenn Du es denn weißt, dann wirst Du auch meine Stimmung begreifen können.“

„Nein, Hermann, das kann ich nicht. Warum fragst Du sie nicht, ob sie die Deine werden will?“

„Mutter, das kann Dein Ernst nicht sein. Ohne sie wäre ich nichts als ein einfacher Fabrikarbeiter, und da sollte ich die Hand nach der Millionärin ausstrecken?“

„Und wenn sie Dich nun wieder liebte? Wolltest Du nicht nur Dich, sondern auch sie unglücklich machen, weil das Geld zwischen Euch steht? Du predigst als Sozialdemokrat die Gleichheit der Menschen. Denkst Du nun so klein von Dir, daß Du Dich nicht würdig hältst, sie zu besitzen, weil sie reich ist, und denkst Du so niedrig von ihr, daß Du meinst, sie könnte an Deine uneigenbüßige Liebe nicht glauben, weil Du arm bist? Gesezt den Fall, sie liebt Dich nicht, sie wird dann nicht Deine Frau werden wollen; sie wird Dir aber darum ihre Achtung nicht entziehen; sie wird es viel mehr als ganz selbstverständlich ansehen, daß Du nachher wie vorher als Direktor der Fabrik ihr ein treuer Verwalter bleiben wirst.“

„Mutter, ich kann sie nicht fragen, ich kann nicht.“

„Du mußt wissen, was Du tun willst. Ich glaube, Du bereitest Dir und ihr und auch mir unnötige Qualen.“

„Verzeih! Ich will mich bestreben, mich besser zu beherrschen. Jetzt muß ich noch einmal in die Fabrik gehen. Adieu, mein Mütterchen! Schick Deinen großen Jungen nur tüchtig aus, wenn er Dir Sorge macht.“

Nach der Entfremdung ihres Sohnes ging Frau Wilberg auf ein Plauderstündchen hinüber zu Fräulein Rotenburg. Sehr bald leitete sie das Gespräch auf die Fabrik; wenn sie aber gehofft hatte, daß Emma Rotenburg eine Frage nach ihrem Sohne tun sollte, so hatte sie sich geirrt. Endlich sagte sie, indem sie Emma Rotenburg unauffällig, aber scharf betrachtete: „Hermann gefällt mir garnicht recht; ich fürchte, er wird noch ernstlich krank.“

Die Angeredete verfärbte sich und fragte mit einer Stimme, der Festigkeit zu geben sie sich vergeblich bemühte: „Was fehlt ihm? Ich glaube, er arbeitet zu viel. In der Fabrik geht ja alles sehr gut; da sollte er sich doch schonen.“

„Nein, die Arbeit macht ihn nicht krank. Er fühlt sich am wolsten, wenn er mitten darin steckt, so daß er sie eben bewältigen kann.“

(Schluß folgt.)

ragt, sowie die Zeit der Eröffnung desselben wird später bekannt gemacht.

Und nun, Kollegen allerorts, sorgt für zahlreiche Beschickung des Kongresses.

Mit kollegialischem Gruss
A. Heimlich, Vorsitzender.
Werder a. S., Chausseestr. 115.

Ausland

Frankreich.

Unser Parteigenosse Sules Gucsdé schreibt:

Die letzten Senatswahlen — sie erfolgten nach den republikanischen Erklärungen des Kardinals Lavergne und zwei oder drei anderer Bischöfe und entriß der monarchischen Rechten zehn Siege — beweisen, daß auch der reaktionärste Teil unserer Bourgeoisie sich mehr und mehr klar wird über die republikanische Partei oder vielmehr den Profit, welchen er durch seinen Anschluß an dieselbe aus der Republik ziehen kann.

Während der vergangenen 20 Jahre wachte die Republik stets darüber, daß die Kapitalistenklasse keinen Schaden erlitt; für die Beschwerden der arbeitenden Klasse zeigte sie sich so unempänglich, wie selbst wenige Monarchien! Die Erfahrung dieser Zeit hat endlich auch den Blinden die Augen geöffnet über die Wahrheit der Worte Dechanel's in der landwirtschaftlichen Versammlung zu Dreux im Jahre 1878:

„Das Mittel, der sozialen Gefahr zu entgehen, besteht nicht darin, die staatsbehaltenden Kräfte zu zersplittern, sondern sie auf dem einzigen Boden zu sammeln, auf dem eine Einigung möglich ist, auf dem Boden einer weisen, vernünftigen, gemäßigten Republik.“

Und, getrieben von den Fortschritten des Sozialismus, kommen Geldmänner, Industrielle, große Grundbesitzer, kurz alle, die ohne Arbeit von der Arbeit anderer leben, in immer größerer Anzahl auf die republikanische Staatsform als das unter den gegenwärtigen Zuständen Frankreichs beste Bollwerk gegen das Proletariat und seine Forderungen.

In Rom sprach sich vor nicht allzu langer Zeit W. Jules Ferry, über dessen Rückkehr in den Senat die Opportunisten eben jubeln, einem Interviewer gegenüber nicht viel anders aus:

„Die Republik, sagte er zu einem katholischen und republikanischen Journalisten, Mr. Henry des Gour, ist unendlich fester gegründet, als es eine Monarchie sein könnte. Mit dem Namen Republik versuchen wir nur unter mäßigen Schwierigkeiten die materielle Ordnung — soll heißen: Bourgeoisordnung — zu erhalten.“

Und als jener ihn daran erinnerte, daß er trotzdem einst „die Gefahr von der Linken“ angezeigt hatte, antwortete Herr:

„Zweifellos; aber diese Gefahr von links ist stark eingedämmt. Sie geht von einer Handvoll Agitatoren und schlechter Bürger aus. Die ganze Staatsgewalt, alle national Gesinnten werden zu uns stehen, sobald es nötig ist, ihnen Einhalt zu tun.“

Aber das ist nicht einmal nötig, denn die Agitatoren können sich bei einer republikanischen Staatsform nur gegen die Republik wenden; und im Namen der Republik halten wir sie nieder.

Die Republik ist im Juni 1848, im März 1871 furchtbaren Zuständen entgegengetreten; sie hat sie siegreich überwunden. Was war das, vergleichsweise, anderes, als die Julitage von 1830 oder die Tage des Februar 1848, welche zwei Monarchien hinweggeräumt haben?

Im Gegenteil, eine Monarchie, selbst eine so parlamentarische, wie Sie sie annehmen, hat sofort sämtliche Republikaner aller Farben gegen sich. Zweifellos werden die Republikaner, welche unter jeder Regierung auf Seite der Ordnung stehen, sich stets weigern, mit den Aufwieglern des Volks gemeinsame Sache zu machen; aber im Parlament werden sie der Monarchie alle möglichen Hindernisse bereiten, gerade so, wie es eben die Republikaner der Republik gegenüber tun. Das ist die Kampfweise der verfassungsfreundlichen Opposition. Und diese parlamentarische Opposition wird von den Neigungen des Volkes unterstützt werden. Und um diese revolutionären Mächte niederzuhalten, um diese Aufstände zu unterdrücken, wird die Monarchie keinen Republikaner auf ihrer Seite haben. Sie wird sich nicht erhalten können.“

Ich habe Wert darauf gelegt, dieses Geständnis trotz seiner Länge wiederzugeben, weil es eins der wertvollsten ist, um den geistigen Stand unserer Regierungskandidaten, wie sie sind und sein werden, festzustellen.

Nicht als Mittel für Reformen, sondern als Werkzeug zur Konservierung und Bebrückung hat unsere fortgeschrittenste Bourgeoisie die Republik angenommen und in Gang gebracht. Was die Ferry

und ihre Klasse in der Republik sehen, was sie in ihr verteidigen, das ist das Mittel, die Arbeitermezeleien vom Juni 48 und Mai 71 ungestraft zu wiederholen.

Wo in den Strömen von Proletarierblut einem Könige oder Kaiser der Fuß ausgeglitten, die Krone, und vielleicht das Haupt mit ihr gefallen wäre, da blieb die in keinem Namen verkörperte Republik aufrecht, unversehrt, man muß sagen ungestraft stehen. Die einzige verdrüssliche Folge für sie war, daß in der nominellsten Präsidentschaft der Welt ein Diers und Mac-Mahon durch einen Grevy und Carnot ersetzt wurden.

Was die Bemerkung eben desselben Ferry betrifft, daß, im Gegensatz zu dem, was sich stets bei einer monarchischen Regierung ereignet hat, die Lohnarbeiter bei einer republikanischen Regierung auf keine Unterstützung durch irgend einen Teil der bestehenden Klassen zu rechnen haben, so trifft sie den Nagel auf den Kopf.

Diese Isolierung der arbeitenden Klasse erleichtert allerdings, so lange sie ohne Organisation, ohne Bewußtsein ihrer Lage und ohne Ziel, nur fähig zu Aufständen ist, ihre Zerschmetterung. Aber — und das entgeht dem Scharfblick unseres neuen Senators — sie wird der arbeitenden Klasse zum Heil gereichen, sobald diese fähig zur Revolution sein wird. Denn allein und auf eigene Rechnung kämpfend, wird sie für sich selbst triumphieren, anstatt nur die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wie es sich dreimal in Frankreich wiederholte, als sie die republikanischen Bourgeois zu Verbündeten hatte.

Das bedeutet einen aufgeschobenen Kampf, aber einen sicheren Sieg, um den uns niemand betrügen kann.

Und das ist der Grund, weshalb alle französischen Sozialisten Republikaner sind; weil die Republik die einzige Regierungsform ist, welche die Klassen in der Brutalität ihres wirtschaftlichen Gegensatzes einander gegenüberstellt und zum Kampfe zwingt: hier das Eigentum ohne Arbeit, dort die Arbeit ohne Eigentum, mit dem unvermeidlichen Ende, daß diese jenes vernichtet.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung.

Die zweite Beratung des Staats wird fortgesetzt und zwar mit dem Etat des Reichsjustizamts.

Abg. Schr. v. Baal (Str.) fragt an, welche gesetzgeberische Maßregeln auf dem Gebiete der Reichsjustizverwaltung bevorstünden. Namentlich bei der Strafgesetzgebung seien Mängel hervorgetreten, welche beseitigt werden müßten. Dahin zählte er die kurzfristigen Freiheitsstrafen und die Trennung der Strafjustiz vom Strafvollzug. Ein Drittel aller Verurteilungen bleibe unter einer Woche Gefängnis, und diese sind es, welche mehr schaden als nützen, da sie alles andere, nur nicht abschreckend wirken. Ein Mittel zur Abhilfe wäre zum Beispiel die unvollständige Einführung der Zwangsarbeit, welche in anderen Ländern gute Erfolge erzielt habe.

Abg. Dr. Böckel (Mittelr.) hofft, daß das bürgerliche Gesetzbuch noch recht lange nicht fertig werden möge.

Staatssekretär v. Dehnböckler kam dem Vorredner auf die angeführten Eingaben nicht antworten, da dieselben nicht genügend substantiiert seien.

Abg. Kleinm. Sachsen (Hl.): Die Ausführungen des Herrn Böckel kam ich nicht beurteilen, weil er nicht das ganze Material beigebracht hat.

Abg. Heine (Soz.): Der Abg. von Baal verlangt eine Befugnis für die Gefängnisbehörden, die Gefängnisstrafen zu kürzen und andererseits zu verlängern, wenn bei den Gefangenen die nötige Besserung noch nicht eingetreten ist. Glaube der Herr, daß z. B. die Herren Bischöfe, die im Gefängnis saßen, durch die Verkürzungen gebessert sind? Wie lange müßten diese Herren sitzen, nur im Sinne des Gesetzes gebessert zu werden, und wenn die Sozialdemokraten sitzen wollen, bis sie gebessert haben, dann werden sie schwarz. (Heiterkeit.) Dagegen meine ich mit dem Abg. v. Baal, daß eine Aenderung bezüglich der Strafen eintreten soll, welche von der Geldbuße in Gefängnis resp. Haftstrafe auszuweichen werden können. Ein Junge, der ein natürliches Bedürfnis bei der Strafe gehabt hat, hat dafür 20—30 Mark Geldstrafe resp. eine Woche Gefängnis bekommen und natürlich die letztere angezogen, weil er die Geldstrafe nicht bezahlen konnte. Denken Sie sich nun einen solchen Jungen mit anderen Verbrechern zusammengebracht. Und immer bleibt auf ihm das Obium sitzen, schon geessen zu haben. Die Geldstrafe ist nur eine Strafe für die Armen. Was fragt der Wohlhabende danach, wenn er 30 Mark zahlen muß; die Armen müssen aber ins Gefängnis, weil sie die Geldstrafe nicht bezahlen können. Die Leute auf dem Lande haben noch aus der Zeit vor Befreiung der Leibeigenschaft veraltete Begriffe. Holt sich ein Mann etwas Holz aus dem Walde, was er als sein Recht beansprucht, so wird er bestraft und muß ins Gefängnis, weil er die Geldbuße nicht bezahlen kann. Im Interesse meiner Wähler des ländlichen Arbeiterstandes wüßte ich nicht dessen die Einführung der Zwangsarbeit beim Wegebau oder dergl. Wenn Herr Böckel glaubt, die Expropriation des Bauernstandes aufhalten zu können, so irr er. Der Großkapitalismus wird den kleinen Bauernstand ebenso aufreißen, wie er das kleine Handwerk aufgefressen hat. Gegen diese natürliche Entwicklung hilft kein Antisemitismus. Dringend notwendig ist die Abschaffung der solidarischen Verpflichtung der Verurteilten für die Gerichtskosten und Verzuggebühren. Der Gesetzgeber, der diese Bestimmungen traf, konnte sich

nicht denken, daß solche Riesenprozesse geführt werden könnten, wie jetzt die Sozialisten- und Geheimbundprozesse. Der Oberfeldher Prozess kostete 12,000 Mark. Jeder, wenn er auch nur zur geringsten Strafe verurteilt ist, hastet dafür. Eine solche Person wird also neben der Strafe auch noch bürgerlich ruiniert. Einen sehr nachteiligen Einfluß hat das Monopol der Staatsanwälte, Anklagen zu erheben, besonders bei Verleumdungen im öffentlichen Interesse. Das geschieht immer bei Verleumdungen durch die sozialdemokratische Presse. Als Verleumdung gilt es schon, wenn ein Blatt schreibt, daß ein Arbeitgeber einen Arbeiter wahrscheinlich deshalb entlassen habe, weil dieser einem sozialdemokratischen Verein angehöre. Herr Böckel sprach von der Ausbeutung des kleinen Bauern durch das Judentum. Der schlimmste Wucher ist aber der, der von den städtischen Behörden durch die Leihhäuser mit den Vermittlern der Armen getrieben wird. (Gelächter.) Eine arme Witwe, die das Letzte, den Unterrod ihres Kindes, verpfändet, um für sich und ihr Kind Brot zu kaufen, bekommt eine Mark geliehen und muß dafür monatlich 5 Pfennig, d. h. jährlich 60 pSt. Zinsen bezahlen. Und wenn die Auktion des Gegenstandes nicht den geliehenen Betrag deckt, werden noch Auktionsbeiträge erhoben. Die Antisemiten sollten doch da für Abhilfe wirken. Der Staatssekretär hat die Kategorien genannt, welche in die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch hineingekommen sind. Ich habe nicht gehört, daß dabei der wichtigste Arbeiterstand berücksichtigt ist und möchte bitten, auch einen oder mehrere sozialdemokratische Juristen in die Kommission zu berufen. Der Abg. Böckel hat Strafmilderungen erzählt. Gegen Arbeiter wird die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei als Strafverschärfungsgrund geltend gemacht. Wir verlangen auf dem Gebiet des Zivilrechts absolute Aushebung der Gerichtskosten und auf dem Gebiete der Strafrechtspflege Mitwirkung des Volkes, aber nicht in der Weise wie jetzt, wo die betreffenden Geschworenen und Schöffen von den Richtern ausgesucht werden. Zur Zeit ist das Recht nicht Ausfluß des Volksbewußtseins, sondern dasjenige, was den herrschenden Klassen von Nutzen ist.

Abg. Stadthagen (Soz.): Eine Reform der Anwaltsgebühren-Ordnung wünsche ich mit dem Abgeordneten Böckel. In Bezug auf den Wucher scheint er mir nur eins zu vermissen: Die Auswucherung der Arbeitskraft, und ich bin neugierig, ob er bei dem Arbeiterschutz-Gesetz gegen diese Art des Wuchers Front machen wird. Ich habe mich aber nur zum Wort gemeldet, um einige Fragen an den Herrn Staatssekretär zu richten. Nach § 53 der Strafprozess-Ordnung dürfen öffentliche Beamte über Umstände, welche sich auf ihre Amtspflichten beziehen, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde vernommen werden. Diese Genehmigung, heißt es weiter, darf nur erteilt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wole des Reiches oder eines Bundesstaates Nachteile bereitet. Ich habe in vielen Fällen gefunden, daß dieser Paragraph die Handhabe bietet, um die Wahrheit zu verhüllen. Dies gilt besonders von einer Reihe von Sozialistenprozessen. Ich habe mich wiederholt gefragt: Wie kann der preussische Staat oder das Reich dadurch Schaden erleiden, daß die Wahrheit enthüllt wird, daß dargelegt wird, daß ein Beamter belogen ist oder nicht? Ich habe den Eindruck gehabt, daß in den meisten Fällen die vorgelegte Behörde die Genehmigung zur Zeugenaussage eines Beamten nur erteilt hat, weil sie fürchtete, durch die Enthüllung der Wahrheit könne es scheinen, als ob der preussische Staat oder die deutschen Behörden mit Elementen in Verbindung stehen, mit denen in Verbindung zu treten anständige Menschen sich sonst scheuen. Der § 53 müßte dahin geändert werden, daß kein Bürger im Deutschen Reich fortwährend Gefahr läuft, irgend einer lügenhaften Kreatur zum Opfer zu fallen, deren Namen dagegen von den Beamten nicht genannt werden darf, weil die vorgelegte Behörde ohne Angabe von Gründen sich auf den § 53 stützt. So wurde hier in Berlin einer jener beliebten Spitzel unter seinem Eide befragt, ob er mit dem betreffenden Polizeikommissar in Verbindung stehenden hätte. Er verneinte dies. Ich bin nach dem Ergebnis des Verhörs überzeugt, daß er einen Meineid geleistet hat. Nun wurde der Kommissarius befragt: „Ist dieser Derjenige gewesen, der Ihnen die Nachricht gebracht hat?“ Er antwortete: „Ja, das zu sagen, hat mir meine vorgelegte Behörde verboten.“ Wenn das so weiter geht, dann untergraben Sie allerdings das Ansehen der Behörde. Man wird es im Volke nicht verstehen, wie die Regierung mit einem Menschen, der vor Gericht und außerhalb desselben lügt und dies Geschäft als Gewerbe betreibt, in Verbindung steht, und daß nicht die Handhabe geboten wird, um solche Leute zu entlarven. Ein zweiter Punkt betrifft die Verantwortlichkeit der Staatsanwälte und Richter. Sie wissen, daß der leiseste Zweifel an der Gewissenhaftigkeit eines Richters oder Staatsanwalts sofort zur Anklage der Zweifelnden führt. Ich meine, die moralische Verantwortlichkeit genügt nicht, es gehört weiter dazu, daß ein etwaiger Verstoß gegen das Strafgesetzbuch mit aller Strenge des Gesetzes auch gegen Richter und Staatsanwälte in Anwendung gebracht werden muß. Wer kann nun den Staatsanwalt anklagen, wenn er dieses oder jenes Verbrechen oder Vergehen im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat? Wenn der erste Staatsanwalt jemand zu Unrecht anklagt oder eine Anklage unterläßt, zu der er verpflichtet war, so sind beides schwere Verbrechen, die das Gesetz mit Zuchthausstrafe bedroht. Nun wird aber doch der erste Staatsanwalt nie und nimmer sich selbst anklagen. Dazu gehört ein so makelloser, reiner Charakter, wie er eben in den Reihen Derjenigen, die solche Verbrechen begehen, nicht gefunden wird. Nun kann sich allerdings der Verlegte beim Ober-Staatsanwalt beschweren. Da sagt aber der Ober-Staatsanwalt: ich kann nicht einschreiten, denn der subjektive Tatbestand des Verbrechens liegt nicht vor. Weil der Ankläger aber behauptet hat, daß der erste Staatsanwalt dieses Bewußtsein gehabt hat, so klage ich Dich wegen Verleumdung an. Was sind das für Zustände! Ich möchte also die Regierung fragen, ob sie Remede nach der Richtung schaffen will, daß sie eine Anklagebehörde auch gegen Staatsanwälte schafft. Der Abg. Hartmann sagte neulich, daß gegen derartige Vergehungen ja das Ober-Landesgericht, das Kammergericht u. s. w. Abhilfe schaffen. Das ist ganz schön, aber in Preußen z. B. sind die höchsten Stellen mit Richtern besetzt, die eine längere oder längere Zeit früher Staatsanwalt gewesen sind. Hier in Berlin ist mindestens ein Viertel sämtlicher höheren Stellen mit früheren Staatsanwälten besetzt, und da weiß man schon, was dabei herauskommt. In Bezug auf den Strafvollzug wird eine ganze Anzahl von Verbrechen begangen, ohne daß die betreffenden Beamten zur Verantwortung gezogen werden oder werden

Frauen. Besonders schlimm steht es mit der Untersuchungshaft. Die Untersuchungsgefängnisse sollen eigentlich nur solche Beschränkungen erleiden, welche zur Sicherung des Zwecks der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gefängnissen notwendig sind. Nun ist es aber in Preußen eine eigentümliche Einrichtung, daß über die Untersuchungsgefängnisse lediglich die Gefängnisinspektion zu bestimmen hat. Werden die Gefängnisse allerlei Beschränkungen unterworfen, und wendet man sich dann beschwerdeführend an den Richter, so heißt es: „Ja, ich kann darin nichts weiter tun, daran ist die Aufsichtsbehörde schuld, ich kann mich davor nicht mischen. Die Untersuchungsgefängnisse sind dem Schutze des Richters unterstellt, und derselbe Richter kann diese ungesetzlichen Maßregeln nicht verhindern. Ich habe einmal einem Untersuchungsgefängnisse seine Feinde zugesandt. Das wurde als eine unzumutbare Lektüre zurückgewiesen. Eine Beschwerde einzureichen ist in den meisten Fällen gar nicht möglich. In drei Fällen in einem einzigen Monat bin ich verhindert worden, mit dem Untersuchungsgefängnisse zu sprechen. Ich habe davon abgesehen, disziplinarische Bestrafung direkt zu beantragen, weil ich mir sagte, die unteren Beamten sind gebunden durch das Reglement der oberen Beamten. Das Reglement des preussischen Justizministeriums für die Gefängnisverwaltung steht nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Strafprozeß-Ordnung. Mag der Untersuchungsgefängnisse schuldig sein oder nicht, so lange er noch nicht verurteilt ist, darf seine Freiheit nur beschränkt werden, so weit es der Zweck der Haft und die Aufrechterhaltung der Ordnung erfordert. Beschwert sich z. B. ein Arbeiter, so muß er erst den langen Instanzenzug durchmachen; er geht schließlich an den Kaiser, und wenn das Alles nichts hilft, kommt er zu den Sozialdemokraten, und wenn diese ihn sagen: „Da ist nichts zu machen“, so fängt die Sache wieder von vorne an. Schließlich kommt der Staatsanwalt auf den Gedanken: „Sollte das nicht ein Querulant sein?“ Der Mann wird angeklagt und das Entmündigungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Nun noch einen kleinen Fall: Es wurde ein Mann angeklagt wegen Geheimbündelei zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt und gezwungen, die eiserne Maske zu tragen. Der Mann stellte vor, daß seine Lunge krank sei und er durch die Maske an der freien Atmung verhindert werde. Er bat, daß man ihm die Maske abnehme. Ich richtete nun an den Justizminister in Preußen in dieser Beziehung ein Gesuch, weil ich mir sagte: ehe der Staatsanwalt geantwortet hat, ist der Mann mit irgend einem Uebel schon befaßt. Der Justizminister gab die Sache zur Entscheidung an den Oberstaatsanwalt, und dieser erwiderte mir: „Gew. Welgeborenen sind gar nicht berechtigt und legitimiert dazu, die Beschwerde zu führen. Nun hatte ich in dem Prozesse nicht nur verteidigt, sondern auch Gelegenheit gehabt, eine schriftliche Vollmacht einzureichen. Ich möchte an die Reichsregierung die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß im Interesse einer einheitlichen Rechtspflege die Behörden angewiesen werden, bevor sie irgend eine Verfügung erlassen, wenigstens die Akten einzusehen; sie hätten in diesem Falle gesehen, daß eine schriftliche Legitimation vorhanden war. Ferner bitte ich, daß man politischen Gefangenen nicht eine Maske anlegt, wie es vielleicht bei Dieben und anderen Verbrechern notwendig ist.“

Staatssekretär v. Dehlschlager: In Bezug auf § 53 der Strafprozeß-Ordnung wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt hat der Reichsanwalt bisher noch keine Erfahrung gemacht; es ist noch keine einzige Beschwerde an ihn gekommen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird genehmigt.

Zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches sind 200,000 Mark aufgeworfen (80,000 Mark mehr als bisher).

Bei den Ausgaben für Vervollständigung der Telegraphen-Anlagen bemerkt.

Staatssekretär v. Stephan, daß die erhebliche Vermehrung der Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung darauf beruhe, daß die Zahl der Telegraphenstationen erheblich vermehrt worden ist; es bestehen deren jetzt 11,200. Neue Telegraphenlinien seien eingerichtet worden, so z. B. eine direkte Linie nach Rom über den Brenner; das Kabel nach Helgoland ist verbessert; neu gelegt sind Kabel von Sansibar nach Bagamoyo und Dar-es-Salaam.

Bei dem Etat der Reichsdruckerei, Ausgabekittel „Vehnung für Seger u. s. w.“ beklagt sich

Abg. Schmidt (Sachsen) über die niedrigen Löhne der Seger bei der Reichsdruckerei: Derselbe zahlt den Sechern wöchentlich 24,60 Mark, während die Privatdruckereien auf Grund des vereinbarten Tarifes 25,60 Mark, also 1 Mark mehr bezahlen. Durch Ueberstunden kommen die Seger in der Reichsdruckerei allerdings bis auf 32 Mark wöchentlich. Es ist aber bezeichnend, daß sie sogar am Sonntag während des Gottesdienstes arbeiten müssen. Schließlich bleiben ihnen nach Abzug der üblichen Beiträge für den Unterstützungsverein u. s. w. nur 20 Mark übrig. Wenn man nun die Ausgaben für Miete, Kleidung, von Krankheitsfällen gar nicht zu sprechen, in Betracht zieht, so ist der Lohn als ein erbärmlicher zu bezeichnen. In Bezug auf die sogenannten Ausgelernten ist das Mißverhältnis zwischen der Reichsdruckerei und den Privatdruckereien noch größer. Diese Ausgelernten erhalten pro Woche 18 Mark, in den Privatdruckereien 25,65 Mark. Geheimrat Basse hat verschiedenen Vorstandsmitgliedern unseres Unterstützungsvereins mitgeteilt, dieser Lohn sei deshalb zu gering bemessen, damit die jungen Leute einmal herausgehen und sich den Wind um die Nase wehen lassen. Nun gibt es aber zur Zeit in keinem Stande mehr Arbeitslose als unter den Buchdruckern, und die Ausgelernten der Reichsdruckerei hüten sich wol, die Arbeit zu verlassen. Diese jungen Leute bekommen also 7,65 Mark weniger als ihre Kollegen in den Privatdruckereien. Da ist es kein Wunder, daß die Reichsdruckerei über 1 Million Einnahmen erzielt und der Privatindustrie Konkurrenz machen kann. Geheimrat Basse soll sich deshalb ablehnend gegen den in den Privatdruckereien üblichen Tarif erklärt haben, weil der Generalpostmeister v. Stephan damit nicht einverstanden ist. Ich bitte darüber um Auskunft. Der Konferenz des Unterstützungsvereins mit den betreffenden Behörden hat u. a. auch Herr Klinkhardt als Vertreter der Prinzipale und Herr v. Berlepsch beigewohnt. Insbesondere anerkennt Minister v. Berlepsch, daß der allgemeine Buchdruckertarif ein sehr geeignetes Mittel ist für die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern. Ich muß deshalb wünschen, daß Herr v. Berlepsch den Herrn v. Stephan bekehrt. Heute besteht eben zweierlei Maß: Der Generalpost-

v. Berlepsch wünscht, daß der allgemeine Buchdruckertarif weiter eingeführt wird. Vieles hat sich allerdings in neuester Zeit in der Reichsdruckerei geändert. Vor einigen Jahren durften die Arbeiter der Reichsdruckerei nicht einmal ihr Fachblatt lesen. Mißstände bestehen aber heute noch insofern, als nur ein kleiner Prozentsatz der Drucker in der Reichsdruckerei dem allgemeinen Buchdruckerverein angehört. Diejenigen, welche in der Reichsdruckerei gelernt haben, erhalten ein ganz geringes Gehalt und erst in langen Zeiträumen kleine Zulagen, so daß die meisten Gehilfen noch weit schlechter gestellt sind, als in jeder Privatindustrie.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer: Ein Widerspruch zwischen dem Staatssekretär des Reichspostamts und dem Herrn v. Berlepsch besteht nicht; Beide stimmen darin überein, daß sie nach Möglichkeit für die ihnen unterstellten Arbeiter sorgen.

Abg. Singer (Sog.): Es wäre richtiger gewesen, wenn der Herr Staatssekretär, ohne unsere Anregung abzuwarten, zu jenen Gesuchen an die Reichsverwaltung gelangt wäre. Ohne Widerspruch der Regierung ist in der Budgetkommission festgestellt, daß in der Reichsdruckerei die Gehilfen den Anordnungen bezüglich der Sonntagsarbeit unbedingt Folge leisten müssen. Dadurch wird also der freie Arbeitsvertrag von vornherein illusorisch. Wenn die in der Reichsdruckerei üblichen Ueberstunden sich auf ein geringes Maß beschränken würden, hätte Niemand Klage erhoben. Leider haben dieselben einen allzu großen Umfang angenommen. Es wäre also richtig, entweder mehr Leute und Maschinen anzustellen oder nicht mehr Aufträge anzunehmen, als das vorhandene Material leisten kann. Ob der Tarif des Allgemeinen Buchdruckervereins in der Reichsdruckerei eingeführt ist oder nicht, ist durchaus nicht gleichgültig. Nachdem einmal ein beide Teile befriedigender Tarif aufgestellt ist, sollte auch die Reichsdruckerei im Interesse des sozialen Friedens den Tarif annehmen. Man hat ferner eine Anzahl von Leuten aus dem bisherigen Lohnverhältnisse in ein sogenanntes festes Gehalt gestellt und führt hier dieselben Vorzüge an, wie bei den Postbeamten auf Widerruf. Während nun die bisherigen Arbeiter Ueberstunden und Sonntagsarbeit besonders vergütet bekommen, wird dies den mit festem Gehalt Angestellten nicht zu Teil. Man hat dafür auf die Stellung der Beamten in anderen Ressorts hingewiesen. Es handelt sich hier aber nicht um Beamte sondern um Arbeiter, Vorarbeiter, Werkführer und dergleichen. Es müßten mindestens diesen Beamten die Ueberstunden und die Sonntagsarbeit vergütet werden. Ich glaube, daß auch der Reichstag es nicht billigen wird, wenn die Reichsbetriebe ihre Macht dazu benutzen, Arbeiter zur Leistung von Sonntagsarbeit zu zwingen und die Umwandlung der Arbeiter in Beamte dazu benutzen, Ueberstunden und Sonntagsarbeit unentgeltlich zu verlangen.

Direktor Fischer: Zur Sonntagsarbeit wird kein Arbeiter gezwungen, auch ist wegen Verweigerung der Sonntagsarbeit noch kein Arbeiter entlassen worden. Die Reichsdruckerei hat Betriebsbeamte übernommen aus früherer Zeit und nicht Arbeiter in Beamte umgewandelt. Die Betriebsbeamten erhalten für den Sonntagsdienst eine Remuneration, sie haben auch einen mehrwöchentlichen Urlaub unter Fortbezug ihres Gehalts.

Abg. Schmidt (Sachsen): Daß die Reichsdruckerei keinen Zwang bezüglich der Sonntagsarbeit ausübt, ist richtig, aber bei dem niedrigen Lohne sind die Arbeiter eben gezwungen, Ueberstunden zu machen. Als Fachmann habe ich selber ein Interesse daran, daß der allgemeine Buchdruckertarif in der Reichsdruckerei eingeführt wird. Der Widerspruch zwischen Herrn von Berlepsch und Herrn von Stephan ist nicht wegzuleugnen.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Ich kann die Behauptung, daß die Reichsdruckerei niedrigere Löhne zahle als die Privatindustrie, nicht unwidersprochen lassen.

Der Titel wird bewilligt, desgl. ohne Debatte der Rest des Etats der Reichsdruckerei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Februar 1891.

Der sozialdemokratische Parteitag für Schlessien und Posen

ward gestern Sonntag, den 1. Februar, hier im Saale des Seelöwen abgehalten. Die Delegierten aus Breslau und der Provinz und etwa 300 Genossen aus Breslau, die als Gäste gegen Eintrittskarten Zutritt hatten, füllten das allerdings nicht große Lokal. Dasselbe war mit Quirlenden ausgefüllt, gegenüber der Rednerbühne waren die Bildnisse von Marx, Lassalle und Krüger angebracht, auf einigen Tafeln las man die Inschriften: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“

Um 12^{1/2} Uhr eröffnete der Einberufer Oscar Schütz-Breslau die Versammlung und damit den Parteitag. Es wurde sofort zur Bureauwahl geschritten, diese ergab als Vorsitzenden: Kunert-Breslau, als Stellvertretenden Vorsitzenden Keller-Görlitz; als Schriftführer Stolpe-Grünberg, Hirschmeyer-Kruschwitz, als Beisitzer Lindner-Plawitzsch, Sojna-Beuthen, Michalek-Freiburg. Der Vorsitzende Kunert dankte für das Vertrauen, welches die Versammlung durch die Wahl gezeigt habe, und bat im Interesse des ungeführten Tages den Delegierten zum Parteitage hiermit willkommen. Eine schwere Aufgabe ist es, welche uns hier zusammengeführt hat. Wir sind hier die Vertreter von 80 Tausend Reichstagswählern, einer noch bedeutend größeren Zahl von Männern, Parteigenossen, die mit vollem Bewußtsein zu uns stehen. Dazu kommen noch diejenigen Frauen, die mit einer gewissen Sympathie uns zuneigen. Bei den Versammlungen gegnerischer Parteien ist es Sitte, den Zweck der Zusammenkunft in einem Hohe auszusprechen. Darum wollen auch wir dasselbe tun, die wir sonst von Grundsätzen ausgehen, wie sie in keiner anderen Partei zu treffen sind, stimmen Sie ein mit mir in den Ruf: Die Sozialdemokratie, sie lebe hoch! Die Versammlung stimmt begeistert dreimal ein. Kunert überreicht darauf den Vorsitz an Keller. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Delegierte Stolpe, der zum Schriftführer gewählt ist, noch nicht eingetroffen ist. Für ihn wird als Ersatzmann Kluge-Ratibor bestimmt.

Genosse Kühn-Bangenbielau stellt den Antrag, eine Mandatsprüfungs-Kommission zu ernennen; Genosse Kunert macht den Vorschlag, die Wahl derselben erst nach seinem Referat

zu vollziehen; dieselbe könne dann in der Pause in Tätigkeit treten. Demgegenüber hält Kühn seinen Antrag aufrecht, die Kommission vor Eintritt in die Tagesordnung zu wählen und zwar wählt er 5 Personen mit der Prüfung betraut zu wissen. Nachdem Kunert seinen Antrag zurückgezogen, wird der Kühn'sche angenommen und als Mitglieder der Mandatsprüfungs-Kommission bestimmt: Schütz-Breslau, Hoffmann-Wrieg, Prasse-Bangenbielau, Arbeit-Neurobe, Köhler-Vlegitz.

Darauf ergriß Kunert das Wort zu seinem einleitenden Referate. Er führte etwa folgendes aus: Am 10. November 1889 hat ebenfalls in Breslau ein Parteitag der schlesischen Sozialdemokratie getagt, welcher die Organisation der Partei und die Regelung der Parteipresse bezweckte. Es wurde auch dort eine Sache beigelegt, welche zu dieser Zeit viel Staub aufgewirbelt hatte. Was damals von Seiten unserer Feinde gesagt wurde von einer Spaltung, das erwies sich als eine Märchen. Heute haben wir noch etwas wichtigeres vor, nämlich die Organisation der gesamten Partei in Schlessien und Posen. Die jüngst verfloßene Zeit war eine solche des Triumphes für die Sozialdemokratie. Der Erfolg ist bewiesen durch den 20. Februar und 1. März. Die schlesische Partei hat sich mit einer Stärke an den Wahlen beteiligt, welche sie mitten in den vordersten Reihen der deutschen Sozialdemokratie marschieren läßt. Ein anderer Tag des Triumphes war der 1. Mai. Niemals ist das Klassenbewußtsein der Arbeiter so deutlich zum Ausdruck gekommen, als an jenem Tage, wo sich die schlesischen Arbeiter in so sonnener Weise an der Feier beteiligten. Dann kamen die Oktober-Tage. Das verurteilte System des Spitzstimmens unterlag mit dem Fall des Sozialistengesetzes. Auf dem Parteitage in Halle zeigte sich die Einmütigkeit der Partei Deutschlands. Wie stark die Partei in Schlessien und Posen gewachsen sei, zeigen die Ergebnisse der Wahlen. In der Provinz Posen stieg die Zahl der Stimmen von 500 im Jahre 1887 auf 3000 im Jahre 1890. In Oberschlessien vermehrten sie sich von 300 auf 4000, in Niederschlessien von 6000 auf 18 000, in Mittelschlessien von 27 000 auf 54 000. Damit es unmöglich wird, an unserer Partei stark zu rütteln, wollen wir eine Grundlage zu einer Organisation schaffen, die zu dem Ausbau unserer Partei unbedingt nötig ist. Wir besitzen ja eine allgemeine Partei-Organisation, aber es ist eine besondere für unsere Verhältnisse nötig. Es ist notwendig, daß ein Netz von Arbeitervereinen über ganz Schlessien ausgebreitet wird, in jedem Wahlkreise müssen Wahlvereine existieren, diese können unterstützt werden von Arbeitervereinen, Arbeiterbildungsvereinen, Vereinen. In unserer Partei, die an Agitatoren nicht so reich ist, sind die Leisestellen von hoher Bedeutung. Da wo ein Wahlverein stark genug ist und die Bewegung reißend vor sich geht, bilde man für einen Wahlkreis zwei oder drei Wahlvereine, wie wir es im Waldenburger Kreise haben. Diese Vereine werden zunächst nur zusammengehalten durch eine geistige Spitze, die in der zu Grunde liegenden Idee besteht. Sie können keinen gemeinsamen Vorstand haben, dies verbietet geistliche Schwierigkeiten, wir dürfen aber nicht zurückweichen vor dem Versuch einer Organisation. Es müßte in derselben auch festgestellt werden, wer zur Partei gehört, wer nicht, ferner ob ein Parteitag und wann derselbe einzuberufen sei. Es müßte auf diejenige Stelle der allgemeinen Organisation Rücksicht genommen werden, welche sich auf die Frauen bezieht. Wir müssen die Frauen berücksichtigen und ihr auch Sitz und Stimme einräumen auf unseren Parteitag. Eine eigentliche Parteileitung ist aber nicht möglich weil da leicht der Staatsanwalt eine verbotene Verbindung darin sehen würde. Es ist ein Antrag von Parteivalbau eingegangen: Bezüglich des Erhebens von Entreegeldern sei von den Gegnern behauptet worden, daß diese Summen in die Taschen der Einberufer fließen, daher solle künftig öffentlich Rechnung abgelegt werden, es sei zweckmäßig eine einbeidliche Stelle zu schaffen, an welcher diese Gelder direkt abzuliefern wären. Redner empfiehlt diesen Antrag an geeigneter Stelle zu begründen. Ich selbst, fährt er fort, möchte folgende Resolution hiermit einbringen:

Resolution 1:

Der schlesisch-positische Parteitag beauftragt eine fünfgliedrige Kommission, einen vollständigen Organisationsentwurf für die sozialdemokratische Partei von Schlessien und Posen auszuarbeiten. Der Entwurf ist mindestens 10 Tage vor dem nächsten Parteitage für Schlessien öffentlich durch das Parteiorgan bekannt zu geben. Der Sitz dieser Kommission ist in Breslau. Der Entwurf hat sich eng an die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen und die Schwierigkeiten gegenüber den bestehenden Gesetzen ins Auge zu fassen.

Eine Agitation, mag sie heißen, wie sie will, ist lebensunfähig, wenn sie nicht durch die Agitation belebt wird; es wird sich also darum handeln, die geeigneten Agitatoren zu finden und zu bezeichnen. Die gewerkschaftlichen Agitatoren lassen es bisher an dem fehlen, was ihre Pflicht wäre: sie müßten mit mehr Lebendigkeit auch der politischen Bewegung unter die Arme greifen. Bezüglich der Agitation auf dem Lande wird es sich darum handeln, Leute als Agitatoren heranzuziehen, welche die dortigen Verhältnisse vollständig kennen, die als knechte, Tagelöhner die Gefährdung am eigenen Leibe durchkosten haben. Dasselbe will ich sagen bezüglich der Agitation unter den Bergleuten. Der, welcher selbst die Leiden des Standes unter der Erde kennen gelernt, wird ein besserer Agitator sein, als wer nur von Hörsagen von ihnen weiß. Auf besondere Schwierigkeiten stoßen wir in unserer Provinz noch bezüglich der Sprache, da wir hier zwei verschiedene Sprachen haben, es wird nötig sein, für Oberschlessien und Posen polnische Agitatoren heranzubilden. Es ist das schwer auszuführen, da ein polnischer Redner erstens eine allgemeine Bildung besitzen, ferner der polnische Schriftsprache sowohl als auch des oberchlesischen Dialektes mächtig sein müsse, ferner behübe er auch guter Kenntnis auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Wir dürfen aber nicht verzagen, es giebt Leute in Oberschlessien, die sich heranziehen lassen. Da wir so wenig tüchtige Redner besitzen, kommen wir oft in Verlegenheit, wenn aus der Provinz Anträge vorliegen zu Versammlungen, die z. B. schon angemeldet sind, einen Agitator zu senden. Wie ist es mit der Agitation gegenüber den anderen Parteien? Redner bespricht die Schwächen der konservativen und freisinnigen Partei und des Centrums. Bezüglich des Kampfes mit der letztgenannten Partei müßten wir eine Gegendung machen zwischen Angriff und Verteidigung. Im Angriff hätten wir durchaus

nicht sozialpolitische Agitatoren sein, auf die wirtschaftlichen Mängel gegenüber der Masse des Volkes hinweisen. Wir sollen aber auch darauf achten, die Angegriffenen zu sein. Wenn uns die Zentrumskräfte kommen und sagen: Die Weltordnung ist eine gute, die soziale Frage läßt sich mit Hilfe der Religion lösen, dann haben wir dem Gegner auf dasselbe Gebiet zu folgen und mit denselben Waffen auf ihn zurückzuschlagen. Religion soll Privatsache sein, aber sobald man uns den Beweis führen will, daß die soziale Frage im religiösen Sinne zu lösen sei, dann müssen wir gegen diese irrige Ansicht Front machen.

Bei den Wahlen zum Reichstage hatten wir 1890 den Grundbesitz aufgestellt, überall eigene Kandidaten zu nominieren, bei den Stichwahlen sich aber nicht zu beteiligen. Sie wissen, daß dann die Parteileitung eine andere Parole ausgab, diejenigen Parteien zu unterstützen, welche der Regierung am fernsten stehen. Es war das auch unter den damaligen Verhältnissen das richtige Verhalten. Die Frage der Stichwahlen ist ja keine dringende, wir können sie der Zukunft überlassen. Bei den Landtagswahlen ist durchaus strikte Wohlthätigkeit anzuraten. Wir müssen aber auch die Gelegenheit benutzen, um dem Volke zu zeigen, wie es rechtlos gemacht wird durch das Dreiklassenwahlrecht. Bezüglich der Kommunalwahlen ist der Grundbesitz festzuhalten, daß, wo traubend ein Erfolg winkt, an ihnen seitens unserer Parteigenossen eine lebhafteste Beteiligung stattfinden muß. Auch die Waise muß agitatorisch ausgenutzt werden. Ich werde einen Antrag stellen, eine Waise zu veranstalten und zwar am ersten Sonntag im Mai.

Redner bringt dann eine Resolution ein:
Resolution 2. (Agitation.)
 Der Parteitag beauftragt ein zwölfgliedriges Agitationskomitee zu dem Zwecke, die Durchführung der Agitation in dem von dem Parteitag ausgesprochenen Sinne mit aller Energie zu bewirken.

Drei Mitglieder haben ihren Wohnsitz in Breslau, zwei in Mittelschlesien, zwei in Niederschlesien, zwei in Oberschlesien, drei in der Provinz Posen.
 Dieses Komitee hat dem Parteitage einen Bericht seiner Tätigkeit in jedem Jahre zu geben.
 Das Komitee hat mindestens zweimal im Jahre zusammenzutreten.

Bezüglich der Waise bringt Kunert folgende Resolution ein:
Resolution 3. (Waise.)
 Der Parteitag beschließt, zu Gunsten einer starken Beteiligung an der Waise für 1891 durch alle seine Mitglieder kräftig einwirken zu wollen.

Die Waise wird am ersten Sonntag nach dem 1. Mai abgehalten.
 Die Art der Waise bleibt den einzelnen parteigängigen Kreisen überlassen.
 Überall aber ist dabei in der arbeitenden Bevölkerung die Forderung des Achtstundentages, deren Verwirklichung ein körperlich und geistig unabwiesbares Bedürfnis ist, hoch zu halten.

Sine Organisation, fährt Redner fort, ist aber ein totes Kind, wenn nicht dazu das moderne Mittel der Presse tritt, um die Ideen in weite Kreise zu tragen. Redner charakterisiert zunächst die gegnerische Presse, vor allem die sogenannte unparteiische, welche die schlechteste sei und am meisten bekämpft werden müsse.

Auf dem vorigen Parteitag sind die „Sächl. Nachrichten“ als Parteiorgan für Schlesien bestimmt worden. Dann haben wir hier in Breslau den Entschluß gefaßt, die „Sächl. Volksmacht“ als tägliches Blatt zu gründen. Wir haben Umfragen in den weite Kreisen der Provinz gehalten, ob die Gründung eines Nothwendigkeit war, die ältesten und besten Genossen haben der Sache zugestimmt, von seiner Seite ist eine Abmahnung gekommen. Es ist die „Volksmacht“ geistig dasselbe Unternehmen, als die „Nachrichten“. Wenn heute von den Gegnern mit einer gewissen Schadenfreude gesagt wird, euer Unternehmen geht schief, so imponiert uns das nicht. Zu schämen haben sich da diejenigen, welche schuld sind durch ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß, daß die Lebenshaltung der Masse des Volkes eine so niedrige ist, daß sie ein Blatt nicht mithalten können und daß die Arbeiter eine so augetraute ist, daß die Arbeiter nur ein Wochenblatt herausbringen können. Es wird nötig sein, zur „Volksmacht“ Stellung zu nehmen. Es ist nicht begründet, daß ein unbedeutenderes Blatt das öffentliche Parteiorgan sei; ich werde beantragen die „Volksmacht“ als öffentliches Organ anzuerkennen.

Für die „Volksmacht“ sind große Opfer gebracht worden, ich weiß nicht, wie lange wir diese Opfer noch bringen können. Die Breslauer Parteigenossen haben ihre Schuldbücher geräumt, obwohl sie nur ein Drittel der sozialdemokratischen Arbeiter Schlesiens stellen, haben sie doch drei Viertel zu dem Abonnementstreife der „Volksmacht“ geliefert. Was soll geschehen, damit wir aus der misslichen Lage herauskommen? Hier nur muß jeder von ihnen Abstand nehmen, die Inserate in das Blatt umsonst zu verlangen, vielmehr müßten dieselben noch etwas teurer bezahlt werden, sie bringen dadurch der Partei ein Opfer, besonders die Gewerkschaften müßten sich das zu Herzen nehmen. Die Verbreitung muß von Haus zu Haus durch rege Agitatoren geschehen. Es ist dringend nötig, daß materielle Opfer gebracht werden, daß jeder einzelne Kreis direkt Beiträge leistet. Ich müßte ihnen das klar und deutlich sagen. Aber wir können die „Volksmacht“ nicht wiffen, wir bewahren eines festen Stückpunktes.

In Schlesien ist noch ein anderes Blatt in neuester Zeit gegründet worden. „Der Proletarier aus dem Guleugebirge“. Wenn die Verhältnisse nicht ungünstiger gewesen wären, so wären wir die ersten gewesen, zu sagen, daß es gut ist, ein solches Blatt in das Leben zu rufen. Aber ein ungeeigneter Zeitpunkt konnte nicht gewählt werden, wir kämpften einen verzweifelten Kampf gegenüber dem Reichsparteitag der anderen Richtung, und nun kam das noch! Die räumend Abonnenten, welche der Proletarier für sich sammeln, hätten mit Leichtigkeit für der „Volksmacht“ gewonnen werden können! Und die, welche am Proletarier beteiligt sind, haben auch gar nicht mehr das Interesse, für die „Volksmacht“ tätig zu sein! Der „Proletarier“ ist zur Neige gekommen. Ich bin der letzte, gegen das einmal bestehende Blatt anzukämpfen. Es wird aber erforderlich sein, daß der „Proletarier“ lokalisiert bleibt auf das Gebiet der hohen Gule. Ich bedaure, daß der „Proletarier“ ein Beiblatt hat, wie die „Lustigen Blätter aus Langenbielau“. Dieses Beiblatt, das allerdings nicht in Langenbielau von der Redaktion verfaßt wird, geht nur die

oberflächlichen Anschauungen der oberen Zehntausend wieder. Redner liest einige Witze aus der Beilage vor.

Ich werde nun folgenden Antrag einbringen:
 Zum öffentlichen Parteitag für die deutsch-sprechende Bevölkerung von Schlesien und Posen wird die „Schlesische Volksmacht“ bestimmt. Sie erhält vom 1. April ab den Titel „Volksmacht für Schlesien und Posen und die Nachbargebiete, Hauptorgan der schlesisch-polnischen Partei zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.“ Alle offiziellen Bestimmungen sind an hervorragender Stelle des reaktionellen Teiles der Zeitung zu veröffentlichen. Die Preßkommission, welche das Interesse der Abonnenten zu wahren hat, hat in ihrer Majorität Einfluß auf alle äußeren Angelegenheiten der Zeitung; ein direkter Einfluß auf die geistige Haltung steht hauptsächlich dem Parteitage zu, dem die Redaktion der „Volksmacht“ in allen grundsätzlichen Fragen verantwortlich ist. Sind prinzipielle Abweichungen des Parteiorgans in Bezug auf das Programm erkennlich, so ist auch die Preßkommission berechtigt und verpflichtet, sich an den Provinzial-Parteitag oder den Parteivorstand zu wenden. Ferner würde ich einen Antrag stellen, dessen Sinn dahin geht, „den „Proletarier“ als Lokalblatt für das Guleugebirge und die nächste Umgebung anzusehen“, und einen weiteren dahin gehend, „daß die Neugründung von Blättern nur dann vorgenommen werden kann, wenn sie von dem Parteitage genehmigt sind.“

Die „Volksmacht“, erörtert Redner weiter ist nur eine sechsmonatige Ausgabe der „Nachrichten“, sie wird ganz in demselben Sinne weiter geleitet. Vielleicht ist eine mildere Tonart arge schlagen worden. Das erklärt sich daraus, daß wir nicht mehr unter dem unwürdigen Druck des Ausnahmegesetzes stehen. Damals müßten wir den Kampf durch die Presse bis zur äußersten möglichen Grenze treiben, heute müssen wir so ruhig und maßvoll auftreten, als es notwendig ist für eine so mächtig angewachsene Partei. Als eine Resolution, welche sich auf den nächsten Parteitag bezieht, folge ich folgende vor: Der nächste Provinz-Parteitag wird spätestens acht Wochen nach dem sozialdemokratischen Haupt-Parteitage einberufen.

Mit der Einberufung wird hierdurch das Agitationskomitee beauftragt.

Endlich bringe ich noch folgenden Antrag ein: Streitigkeiten und Herabwürdigungen persönlicher Natur oder auch mehr grundsätzlicher Art, sind nicht vor der Öffentlichkeit, sondern durch zu diesem Zweck freigelegte Schiedsgerichte am Orte zum Austrag zu bringen.

Wer dagegen verstoßt, schädigt die Partei.

Aus Breslau ist ferner ein Antrag eingebracht, wonach einem Kolporteur, welcher wegen Verbreitung der „Sächl. Volksmacht“ zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, die Unterstützung eines Rechtsanwalts behufs Weiterführung des Prozesses durch materielle Beihilfe gesichert werde. Ferner liegt ein Antrag vor, zur Aufbringung der materiellen Mittel für die Agitation Parteimarken zu verkaufen. Ich werde das ihrem Urteil überlassen. Der Zweck aller vorgeschlagenen Mittel ist eine straffe Organisation, sie soll erst gen durch Schrift und Rede, dann das schlesische Proletariat noch mehr erweckt aus dem Schlummer, in dem es sich noch befindet. Zum Schluß besagt Redner noch einmal die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer festen Organisation. Nach diesem allseitig mit Bravo aufgenommenem Vortrag stellte Kunert es zur Frage da es bereits 1 1/2 Uhr geworden, ob es zweckmäßiger wäre, bald in die Diskussion einzutreten oder sich bereits bis 4 Uhr zu vertagen, damit die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit beginnen könne.

Reiflich ist ganz gegen die letztere Möglichkeit, es müsse auch nicht eine Stunde eher schließen, als nötig ist.

Die Versammlung ist ebenfalls dafür, daß vorläufig weiter getagt werde.

Reichstagsabgeordneter Ingauer-Berlin macht den Vorschlag, daß die zur Prüfung der Mandate gewählte Kommission schon jetzt die Mandate einfordern könne. Ferner macht hierer noch den Vorschlag, die einlaufenden Anträge einer besonderen Geschäftsbearbeitungs-Kommission zu überweisen.

Es wird nun in die Diskussion eingetreten. Kunert, der den Vorsitz übernommen, macht sich streng an die Tagesordnung auch in der Diskussion zu halten, d. h.:

1. über die Organisation,
2. über die Agitation und
3. über die Presse

zu sprechen.

Rühn (zur Geschäftsordnung): Ich wünschte, daß die ersten beiden Gegenstände, da sie eng zusammengehören, auch zugleich diskutiert werden können. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag, den die Versammlung billigt.

Nachdem noch ein Antrag gestellt ist entsprechend dem Vorschlage Ingauer's, eine Geschäftsordnungs-Kommission zur Beratung der Anträge zu wählen, beschließt die Versammlung, diese Angelegenheit dem Bureau zu überlassen.

Da es um 2 Uhr geworden, vertagt der Vorsitzende die Versammlung bis auf 4 Uhr.

Nach der Pause tagte die Versammlung ununterbrochen bis 10 Uhr; es war der Redaktion nicht möglich, den ganzen Bericht ausführlich schon in dieser Nummer zu bringen. Indem wir uns vorbehalten, baldigst über den weiteren Verlauf des Parteitages genauer zu berichten, bemerken wir nur, daß der Antrag, welcher die Wahl einer Kommission behufs Entwurf eines Organisationsplanes vorgelegt wurde, daß dagegen alle anderen Anträge nur zum Teil mit geringem Amendement angenommen wurden. Ein Antrag, der dem Hauptredakteur der „Volksmacht“ die Stellung geben wollte, von Herrn Bruno Geiser Linnetts schriftstellerische Arbeiten für die Zeitung anzunehmen, ward nach einiger Debatte von den Anwesenden nicht zurückgezogen.

Stadt-Theater. Montag, den 2. Februar. 18 Vorstellung im 7. Akt (blau) und 47. Vons-Vorstellung. Schauspiel des Herrn Leon Rejemann. „Othello.“ Trauerspiel in fünf Aufzügen von W. Shakespeare. (Othello, Herr L. Rejemann.) — Dienstag, den 3. Februar. „Der Wildschütz“, komische Oper in 3 Akten von A. Lortzing.

Operntheater. Montag und Dienstag: „Sodoms Ende“. — Mittwoch, den 4. Februar 1891. Zum 1. Male: „Die Strohwitwe“, Schwank in 3 Akten

von Robert Miß und Wilhelm Jakob. Hierauf: „Am Charakter.“ Schwank in 1 Akt von S. Wilken.

Residenz-Theater. Montag und Dienstag: „Der Rheindie.“

Volks- und Parodie-Theater (Victoria-Theater). Eingetretener Hindernisse wegen findet die Eröffnungs-Vorstellung erst Donnerstag, d. 5. Februar, statt.

Victoria-Theater. Neue Taschenstraße 31. Sonntag bis Mittwoch, d. 4. Febr., täglich 2 Vorstellungen, Nachmittags 5 Uhr und Abends 9 Uhr Otto Nebels wissenschaftl. Theater: Die Geschichte der Urwelt. 100 Landschaften. Soirées phantast. Preise der Plätze: Siehe Anschlag.

Wochen-Repertoire des Stadttheaters. Montag: „Othello.“ (Othello: Herr Leon Rejemann als Gast.) — Dienstag: „Der Wildschütz“, komische Oper in 3 Akten von A. Lortzing. — Mittwoch: „Kean“, Schauspiel in 5 Akten von Ludwig Barnay. (Kean: Herr Leon Rejemann als Gast.) — Donnerstag: „Martha“, Oper in 4 Abteilungen von Friedrich von Flotow. (Zyonel: Herr Gerini.) — Freitag: „Narcis“, Trauerspiel in 5 Aufzügen von A. E. Brachvogel. (Narcis: Herr Leon Rejemann als Gast.) — Sonnabend: „Carmen“, Oper mit Tanz in 4 Akten von G. Bizet.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: Ein selbendes Halstuch; ein goldener Ring mit Simillstein; 6 Schulbücher; eine Eisenklinge, Wert 5 Mark; ein goldener Trauring; 4 Portemonnaies; 2 Kuischerpeitschen; ein kleiner Rinderschlitten; eine Viertelkonne mit Haasebier; ein Taufzeugnis; eine Damenuhrkette. — Abhanden gekommen: Einem Advokaten ein Paket mit 3 Paar Handschuhen; einem Herrn auf der Matthiasstraße 4 Mark, in Zeitungspapier gewickelt; einer Arbeiterfrau auf der Seitengasse ein schwarzledernes Portemonnaie; einer Kaufmannsfrau von der Bormwerksstraße ein zweireihiges Granatarmband im Wert von 20 Mark. — Gestohlen: Einer Maurerfrau auf der Sewaldstraße ein Frankfurter Taler; einem Händler auf dem Neumarkt ein vierrädriger Handwagen. — Irrtum. Der Führer der Droschke 225, Bruno Kröner, hat in der Nacht vom 24. zum 25. Januar von einem Fahrgast, den er ins Hotel „Nordstern“ fuhr, irrtümlich ein Zehnmarkstück erhalten. Der Ueberschuß des Fahrgeldes kann in der Wohnung des Kutschers, Uferstraße 20a, abgeholt werden.

Auffinden einer Leidenden. Am 28. d. Mts., abends, wurde auf der Hundsfelder Chaussee an der sogenannten Kupferlache eine 70 Jahre alte Frau aus Breslau schwarzkrank und hilflos aufgefunden. Die Kranke wurde nach ihrer Wohnung auf der Schmiedebrücke gefahren.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 18. bis 24. Januar 1891 fanden nach dem Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau 67 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 265 Kinder geboren, davon waren 224 ehelich, 41 unehelich, 259 lebendgeboren (135 männlich, 124 weiblich), 6 totgeboren (5 männlich, 1 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (eig. Totgeborene) betrug 162 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 44 (darunter 12 unehelich Geborene), von 1 bis 5 Jahren 20, über 80 Jahre 8. — Es starben an Pocken —, Scharlach 5, an Masern und Nöteln —, an Rose 2, an Diphtheritis und Group 7, an Wochenbettfieber 2, an Keuchhusten —, an Unterleibstypus incl. Nervenfieber 1, an Ruhr —, an Brechdurchfall 2, an anderen akuten Darm-Krankheiten 9, an Gehirnschlag 4, an Krämpfen 9, an anderen Gehirn-Krankheiten 11, an Lungen- und Brustkrankheiten 17, an anderen akuten Krankheiten der Atmungs-Organen 18, an anderen Krankheiten der Atmungs-Organen —, an allen übrigen Krankheiten 61, in Folge von Verunglückung —, in Folge von Selbstmord 2, unbestimmt —. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 25 22, in der betreffenden Woche des Vorjahres 31,13, in der Vorwoche 28,95.

Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 18. bis 24. Januar 1891 wurden 103 Erkrankungs-fälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Pocken 1, an Diphtheritis 15, an Unterleibstypus 3, an Scharlach 22, an Masern 58, an Ruhr —, an Kindbettfieber 3.

Breslau. Angeregt durch die Bestrebungen, welche in dem Berliner Verein „Freie Bühne“ zum Ausdruck gelangt sind, und welche, wenn auch mit manchem Widerstande kämpfend, doch allmählich sich Bahn zu brechen gewußt haben, hat sich hierorts unter gleichem Namen ein Verein aufgetan, um dem auch bei uns in weiten Kreisen empfundenen gleichen Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Es versteht sich mit Rücksicht auf seinen Zweck von selbst, daß jede andere Tendenz als die auf Förderung edler Geselligkeit gerichtete dem

Bereinsprogramm fern gehalten wird. Der Verein wendet sich deshalb an alle Mitbürger ohne Rücksicht auf ihre religiöse und politische Parteilichkeit mit der Bitte um Förderung seiner Zwecke durch möglichst zahlreichem Anschluß.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren: Rechtsanwalt Marcuse (Hummerei 1), Vorsitzender; Kaufmann Tischler, Stellvertreter des Vorsitzenden; Konservator Noack (Luisenstraße 11) und Kaufmann Rosenberg, Schriftführer; Kaufmann Abraham, Kassirer. Mit den dramaturgischen Funktionen ist Herr Schriftsteller Geiser betraut.

Der Vorstand ist gern bereit, jede weitere Auskunft zu erteilen und Meldungen zur Aufnahme in den Verein entgegenzunehmen.

Die erste Mitgliederversammlung findet Montag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Paschke's Restaurant statt.

Handfertigkeitsschule. Der Vorstand des Vereins zur Förderung des Handfertigkeitsschulunterrichtes im Regierungsbezirk Breslau hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, am 4. Februar d. J. in dem Oberrealschulgebäude auf dem Lehndamm eine weitere Handfertigkeitsschule für Knaben einzurichten. Die Leitung derselben ist dem Lehrer Schäfer übertragen worden. Den gemeinnützigen Bestrebungen des genannten Vereins ist aufseitsige Förderung und Unterstützung zu wünschen.

Wahlen in städtische Ehrenämter. In nächster Zeit sind in unbesetzte städtische Ehrenämter zu wählen: ein Schiedsman für den Burgfeld-Bezirk; ein Schiedsman für den Schweidnitzer Anger-Bezirk 4. Abteilung; ein Schiedsman für den Nikolai-Bezirk 2. Abteilung; 80 Mitglieder und 40 Erfahrmänner der Klassensteuer-Reklamations-Kommission für das Etatsjahr 1891/92; ein Mitglied der städtischen Affekuranz-Deputation.

Invalditäts- und Altersversicherung. Die Versicherungsanstalt der Provinz Schlesien hat bei den Gemeinde-Vorstehern derjenigen Orte, in welchen keine

Postanstalt sich befindet, angefragt, ob sie den Verkauf von Versicherungsmarken zur Invalditäts- und Altersversicherung an die Arbeitgeber ihrer Wohnorte übernehmen wollen. Sie erhalten zur Aufbewahrung der Marken, welche ihnen auf Veranlassung der Versicherungs-Anstalt von der Post übermittelt werden, eine Mappe. Aus dem Erlös der verkauften Marken ist der weitere Bedarf zu decken.

Breslauer Marktpreise vom 31. Januar per 100 Kilogr. Table with columns for 'gute', 'mittlere', 'geringe Waare' and sub-columns for 'höchst niedr.' and 'M.' for various goods like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kartoffeln, Heu, Roggenstroh.

Schlesien.

Sirischberg. Ueber den Mordversuch wird der „Bresl. Ztg.“ geschrieben: Der Wirt der Hausberg-Restoration Sell hatte sich vor etwa zwei Jahren als Witwer mit seiner jetzigen Frau verheiratet, konnte aber mit derselben aus mancherlei Gründen kein glückliches Eheleben führen.

Im vergangenen Jahre kam es zwischen den Gatten zu einem vollständigen Bruch. Die Frau mußte die Behausung des Mannes verlassen und bewohnte seit dieser Zeit eine Wohnung auf der Greiffenbergerstraße. Die Ehescheidungsfrage, die damals ebenfalls von ihm angestrengt worden war, sollte in den nächsten Tagen zur Erledigung kommen. Heute Vormittag erschien nun die Frau Sell unerwartet in dem Restaurationszimmer des Hausbergs, in welchem außer Herrn Sell noch dessen Mutter und zwei Diensthilfen anwesend waren. Sie forderte Herrn Sell auf, die

Ehescheidungsfrage zurückzuziehen, da sie wieder mit ihm zusammen leben wolle. Da dieser aber auf ihren Wunsch nicht einging, äußerte sie: „Wenn ich nicht mit Dir leben darf, brauchst Du auch nicht mehr zu leben, und ich werde nachkommen!“ Hierbei zog sie einen bisher verborgen gehaltenen Revolver hervor und feuerte einen Schuß auf ihren Mann, der am Hals eine bedeutende Wunde erlitt. Ein zweiter Schuß traf die eine Seite. Als sich Sell hierauf nach der neben ihm befindlichen Küchentüre wandte, krachte ein dritter Schuß, welcher sein Ziel verfehlte. Er wollte nun nach der in der Nähe befindlichen Fabrik in der Sattlerschlucht laufen, um sich vor den Kugeln des mörderischen Weibes zu retten, brach aber am Diabutt in Folge des starken Blutverlustes zusammen. Von vorübergehenden Personen ist er dann nach dem Fabrikgebäude gebracht worden, wohin sofort telegraphisch ein Arzt gerufen wurde, welcher einen Verband anlegte. Die Verwundungen sind nach der Aussage desselben nicht lebensgefährlich. Namentlich der Schuß in die Seite ist ohne Bedeutung. Die Frau war zunächst von der Mutter des Sell noch einige Zeit aufgehalten worden, wobei sie auch diese bedrohte. Einige Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, und von dem Vorfall benachrichtigt wurden, haben sie sodann in den Anlagen des Hausbergs festgenommen und den telegraphisch herbeigerufenen Polizei-Sergeanten übergeben. In der Mittagstunde wurde Sell wieder nach seiner Wohnung gebracht.

Schwientochlowitz. Der Arbeiter August Scholz war in der Bismarckhütte beschäftigt und hatte einen Lehrling bei sich, der ihm Blechtafeln reichen sollte. Trotz der Mahnung letzters des Arbeiters war der Lehrling zu bequem, um die Blechtafeln vorsichtig aus der Hand zu geben, sondern warf die Tafeln. Eine Tafel traf die Hand des Scholz mit der scharfen Seite und durchschnitt dabei die Pulsader. Scholz verblutete sich derart, daß sein Zustand im hiesigen Krankenhaus ein beinahe hoffnungsloser ist.

4. Klasse 183. Königl. Preuß. Lotterie.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 183rd Prussian Lottery, listing numbers from 1 to 10000.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 183rd Prussian Lottery, listing numbers from 82407 to 189014.

Gustav Nowak Friedrich-Wilhelm-Straße 76, Ecke Königstraße 2. Lager für Herren-, Knaben u. Kinder, Kleider, Hüte, Schuhe, Hosen, etc.

Herrmann Scholz, Schindlermeister, Altbücker-Ohre 15. Lager fertiger Schnitten für Herren, Damen und Kinder. Aufseitsige rationeller und moderner Art. Behandlung nach Maß. Reparaturen prompt u. billig.

J. Güttler, Uhrmacher, 42 Breitestraße 42. Lag r aller Gattungen Uhren, Ketten, Gold-, Silb., Co all n-Baaren und Ringe in großer Auswahl mit Garantie zu billigen Preisen. Reparaturen reell und billig. J. Güttler Uhrmacher, 42 Breitestr. 42.

4. Klasse 188. Königl. Preuss. Lotterie.

Stellung vom 31. Januar 1890. - 11. Tag Nachmittags. Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

201 73 (200) 66688 316 412 510 15 (600) 62 78 88 600 (3000) 67 (1800) 88 500 6 14 87088 180 262 300 628 864 869 (800) 98088 184 77 (800) 288 358 60 440 49 529 67 621 712 828 989 99219 466 337 42 831 901

!! Arbeiter !!

laufen Wolleene Hemden für 1 Paar Arbeitshosen von 2.50-7.- etc. Jacken, Blousen, Kravaten, Damen- und Kinderkleider

Lebe- und Distrikts-Club. Ferdinand Lassalle. Die Mitglieder-Vorlesungen finden jeden Freitag in der Restauration A. Schözel, Anguststraße 4 statt.

Eine Partie Creasleinen, Tischwäsche, Handtücher, Taschentücher, Bettbezüge, Gardinen durch Ersparnis der Lademethode auffallend billig. H. Riedel, aus Peilau-Gnadenfrei jetzt nur Breslau, Schweidnitzerstr. 46, I. Etg. neben Langosch.

Durch die Expedition der „Ostl. Volkswacht“ sind folgende Schriften zu beziehen:

- Moles oder Darwin? Allen Freunden... Historische Studie. 25 Pf. Selbsthülfe und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler.

Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein. Die Klassenabende finden jeden Montag im Vereinslokale, Neumarkt 8, in den Drei Lauben, statt. - Die jäumigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis Montag zu zahlen, widrigenfalls sie gestrichelt werden.

O. H. Heindlers. Lebe- und Distrikts-Club. Die Klassenabende finden, einem angenehmen Künzle bei Willigshede, Neumarkt 8, in den Drei Lauben, statt.

Der wahre Jakob. Illustriertes sozialdemokratisches Wochblatt. No. 118 ist erschienen. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Colporture, sowie durch die Expedition dieses Blattes.

A. E. Schmidt, Schuhmachermeister. Breslau, Hummerrei 7. Orthopädischer u. rationaler Fußbekleidung. Insbesondere für anormale Füße und verkürzte Beine.

Heinrich Heine's sämtliche Werke! elegant gebunden Preis 6 Mark. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.